

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

32. Woche für die Zeit vom 4. bis 10. August 1905.

Posen, den 15. August 1905.

Außerungen der polnischen Presse über die Kaiserrede in Gnesen.

Aus Nr. 182 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 11. August 1905:

I.

Das Blatt bringt den amtlichen Text der Gnesener Rede Sr. Majestät und fügt folgendes hinzu:

„Wenngleich man zugeben muß, daß die gegenwärtige Rede sich sehr von den f. Zt. in Thorn und Marienburg gehaltenen unterscheidet, so weckt sie doch weder bei uns Mutlosigkeit, noch wird sie die Hafatisten entzünden. Wir können den guten Willen des Monarchen anerkennen, der aus der Erinnerung an die am 2. September 1902 in Posen gehaltene, gleichfalls der jetzigen Lage angepasste Rede hervorblickt; aber in diesem Moment haben wir zu bemerken, daß wie damals auch heute die mächtigen hafatistischen Einflüsse nicht gestatten werden, voll und ganz den von oben her so manchmal verheißenen Schutz in Ausführung zu bringen. Alles wird mithin beim Alten bleiben oder vielmehr eine Wendung zum Schlechteren nehmen. Und Pharisäismus ist doch wohl das zu nennen, was das Posener Tageblatt angekündigt hat, daß die Ansiedler mit den Polen in Eintracht zu leben wünschen. Sie würden allerdings gern in Eintracht leben; denn manchmal klagen sie Polen gegenüber, wenn ihnen Unrecht geschieht, — aber die hafatistische Gehpresse läßt es zu einem wirklichen Einvernehmen nicht kommen.“

Allerdings einen großen Dienst hat der Kaiser dem Hafatismus geleistet, indem er die Deutschen mahnte, am Boden festzuhalten; wir sind aber überzeugt, sie hätten es lieber gehört, wenn er ihnen neue Millionen zu Ansiedelungszwecken usw. versprochen hätte.

Und wir, — sollten wir aus diesen Worten nicht eine Lehre ziehen? Wir haben mit verdoppelter Hartnäckigkeit an der polnischen Scholle festzuhalten. — Zudassklugheit ist es aber, wenn man uns statt dessen die Notwendigkeit darlegt, möglichst viel Geld für den Boden einzuhemsen, in welchem die Asche unserer Väter ruht.

Dieser längste Absatz der Kaiserrede ist auch für uns überaus lehrreich. Wir empfehlen ihn allen Kolonisatoren und Verschacherern. Mögen sie wissen, daß der deutsche Kaiser die verachtet, welche den Posten verlassen. Dieser ist bei uns umsomehr der eines Soldaten auf Posten, als bei denen, welche fremden Boden durch die verschiedenartigsten Mittel erworben haben und ihn unseres Erachtens ohne eine solche Schande wie die unsere verlassen können. Wichtig ist auch der an die geistlichen Senatoren gerichtete Absatz der Rede. Völlig erkennen wir die Berechtigung des Monarchen zu Warnungen und Mahnungen dieser Art an, die doch absolut nicht

ausschließen, Gewissensrücksicht auf die bürgerlichen Seelsorgerpflichten dort zu nehmen, wo der geistliche Schützer Bekenntnis und Religion am wirksamsten aufrechterhalten kann durch Pflege der Muttersprache, wie man es auch in Rußland anzuerkennen beginnt. Niemand will bei uns die Worte Leo XIII. Lügen strafen, aber jeder, Laie oder Geistliche, hat das Recht, seine Religion und Nationalität zu verteidigen.

Wir haben erwartet, daß vielleicht eine zweite, in Thorn zu haltende Rede die Posener Rede vervollständigen oder kommentieren werde. Indes haben augenscheinlich sehr dringende politische Angelegenheiten dem Kaiser nicht gestattet, das ganze Programm der Reise an der Ostgrenze auszuführen und sie haben ihn in die Hauptstadt und nach dem Westen gerufen.

Der Kaiser war im Großherzogtum, er ist aber nicht zu uns gekommen, er hat weder den frankten Erzhirten noch den Dom besucht. Das war ein charakteristisches Merkmal dieser Reise kurz nach dem freundschaftlichen Zusammentreffen mit dem Zaren, das jedoch wirklich, wie es scheint, tieferer politischer Bedeutung entbehre.

In Gnesen hat der Kaiser militärische Angelegenheiten absolut nicht erledigt, er hat mithin höchstens in abweichender Weise die Traditionen Otto III. aufgefrischt.“

Aus Nr. 183 des Lech (Gnesen)
vom 11. August 1905:

Eine Stimme vom Glockenturme her.

Ein Wald von Fahnen rauschte, die Lanzen senkten sich zur Attacke — und eine Schar polnischer Ritter, wahrer Kämpfer für Glauben und Vaterland, mit dem Liede von der „Gottes-Mutter“ auf den Lippen warf sich auf die russischen Kanonen. Die Beute war eine prächtige und der dankbare polnische König ließ aus ihr eine mächtige Glocke gießen, welche der Welt die Macht des polnischen Schwertes und den Ruhm des Höchsten verkündete.

Das war mein Geburtstag und bei der heiligen Taufe gab man mir den Namen „Wdalbert“. (Die Wdalbert-Glocke im Dom zu Gnesen ist hier redend eingeführt.)

Das polnische Schwert ist in Trümmer zerfallen — schändlicher Verrat hat es den Händen tapferer und ehrbarer Leute entrisen. Mit Schmerzen sah ich zu, wie man dich zusperte, du Mutter Polen, wie sich deine entarteten Kinder vor den Bedrückern erniedrigten, wie sie gutwillig ihre Nacken unter das fremde Joch beugten. Schmerz, ungeheurer Schmerz . . .

Tag, jener Tag . . .

Hier neben mir, von dem Turme des uralten Heiligtums, der Mutter der polnischen Kirchen, weht eine dreifarbige Fahne, das Zeichen der Macht des Protestantismus. Habe ich mich geirrt, hat man mich etwa in Länder versetzt, deren Apostel Martin Luther war?

Nichts von alledem. Der Nachfolger der Primasie Polens treibt Politik . . .

Aber welch' eine sonderbare Harmonie von Tönen!

Wie eine Riesenschlange ziehen sich blizende Scharen hin und die scharfen Tritte des Marsches und der Schall der Trommeln mischen sich mit den Glockentönen der katholischen Kirchen der uralten Hauptstadt Gnesen und der evangelischen Kirchen und der Judentempel.

Auch ich mußte mich hören lassen. So lautete der Befehl, so hatte es der „Erzhirte anbefohlen“. In meiner ehernen Brust begann mein Herz zu pochen und der lang verhaltene Schmerz fand einen Ausweg in dumpfen Klageklängen.

Inmitten des Stromes der Töne rief ich, über den anderen thronend: Ihr habt mich gezwungen, deshalb werde ich sprechen. Polnisches Volk, bedrückt und bedrängt, wo ist deine Würde! Verwaiste Hauptstadt des Lech, wo sind deine Polen, wo sind die Nachkommen der ruhmreichen Ritter, deren Brust in Verteidigung des heiligen Glaubens über die Mauern hinausragte? Was sind das für sonderbare Scharen mit germanischen Gesichtern, die in einer mir unbekannten Sprache Hochrufe erschallen lassen?

Vom Osten und vom Westen, vom Süden und vom Norden der Gnesener Erde trägt mir der Wind sonderbare Stimmen zu. Schwer ist es uns, schwer ist es uns! — rufen unsichtbare Wesen. Die Erde befindet sich in der Hand des Feindes unseres heiligen Glaubens, die Kirchen werden wüst und leer, das polnische Volk geht auf die Wanderschaft, denn auf eigener Erde findet es kein Brot mehr, auf eigener Erde ist es ihm nicht gestattet, eine Hütte zu errichten, unter deren Dache es sein Haupt bergen könnte, es hat keinen Platz für sein Grab, in dem es seine Gebeine niederlegen könnte.

Wehe! Wehe! Wehe!

Schließlich hörte man auf, mich zu zerren, und mein letzter Klageklang, der sich über der Hauptstadt des Lech erhob und die Herzen der zwergartigen Nachkommen der großen Vorfahren durchdrang, ließ sich in der Stimme ihres Dichters also hören:

Nichts ist Sibirien, nichts die Kante

Und der härtesten Torturen König,

Doch der vergiftete Geist der Nationen —

Das ist der Schmerz der Schmerzen!

„Adalbert“

Geschrieben von J. T.

Aus Nr. 33 der Praca (Posen)

vom 13. August 1905:

Kaiser Wilhelm in Gnesen.

Gnesen, den 9. August 1905.

Die zweitägige Anwesenheit Kaiser Wilhelms auf großpolnischem Boden hatte vorwiegend militärischen Charakter.

Am 8. d. Mts. gegen 6 Uhr früh auf dem Posener Gerberdammbahnhof eingetroffen, begab sich der Kaiser, in Begleitung einer wenig zahlreichen Suite und von Notabeln, sogleich nach dem Truppenübungsplatz bei Biedrusko und Nachod, wo er mit 11 Kavallerieregimenten, die zu einer Kavallerie-Division zusammengezogen waren, Übungen abhielt.

Am folgenden Tage gegen 3½ Uhr Nachmittags kam der Kaiser auf 3 Stunden nach Gnesen, wo gleichfalls Übungen und eine Truppenbesichtigung stattfanden. Erst gegen 6 Uhr ritt der Kaiser in die Stadt ein, welcher ungewöhnliche Besuch nicht wenig elektrisierte. Die Witterung war günstig und es strömten deshalb desto größere Massen Deutsche und Juden auf die Straße, um ihren Kaiser zu begrüßen.

In dem Gedränge lief eine Menge Händler mit Denkmünzen und Ansichtspostkarten herum. Natürlich trafen aus der Umgegend auch sehr viele, etwa 4000, Personen ein. Die Häuser waren mit der gewöhnlichen deutschen Geschmacklosigkeit dekoriert. Unter unsern Kaufleuten gab es auch solche, die es für notwendig hielten, ihre Geschäfte zu schmücken. Auf die Frage nach ihren Beweggründen antworteten sie stereotyp, daß sie aus Rücksicht auf ihre deutsche Kundschaft die Fahnen hätten heranhängen müssen. Was man davon halten muß, wißt ihr. Eine solche Entschuldigung nimmt man mit Achselzucken auf. Es ist überflüssig zu erwähnen, daß alle von den Polen leben, aber der deutsche Gelegenheitskunde verdoppelt und verdreifacht sich in seinen Augen und er erscheint ihm als ein höheres Wesen, das man nicht allein hundertmal besser und artiger als die Seinigen bedient, sondern dessen Gefühl man auch bei einer solchen Gelegenheit schmeichelt. Ich gehöre zu denjenigen, die von der Widerstandsfähigkeit unseres Kaufmannstandes keine hohe Meinung haben. Aufrichtig gesagt, unsere Kaufleute, als soziales Material, werden von der Gesamtheit ungeheuer überschätzt. Es gibt unter ihnen Veröhnungsparteiler von reinstem Wasser, welche allen übrigen darin voran sein möchten. Aber genug von den Kaufleuten.

Merkwürdig, daß wir lange nicht gewußt haben, ob der Kaiser sich in den Dom zum Sarkophag des heiligen Adalbert begeben werde, wie Kaiser Otto vor 905 Jahren. Auf dem Westturm des Doms wehte eine Fahne in den deutschen Farben; aber in der Nähe der Kanonie herrschte eine solche Ruhe, daß daraus mit Recht geschlossen wurde, der Kaiser werde in die Mauern dieses Tempels nicht einziehen. Und dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß der Kaiser ursprünglich beabsichtigt hat, sich den kirchlichen Würdenträgern zu nähern und den Dom zu besuchen. Damit ist auch das Erscheinen des Kaisers in Gnesen überhaupt einzig zu erklären. Nichts anderes hat ihn dazu bewegen können. Scharen von Kolonisten hätte er ebensogut bei Posen besichtigen können. Wenn er sich in die Stadt bemüht hat, zu welcher ihn außer dem Dom und der Geistlichkeit nichts hat ziehen können, so war augenscheinlich im Programm die Entgegennahme einer Huldigung seitens des Klerus. In dieser Überzeugung wird man dadurch bestärkt, daß die Rede des Kaisers ersichtlich als Antwort auf die Rede eines Würdenträgers der Kirche vorbereitet war. Was ist mit ihm vorgekommen, daß der Kaiser nicht am Grabe des heiligen Adalbert gewesen ist? Einigermaßen hat vielleicht auf das Abweichen von diesem Programm die Rücksicht auf . . . den Besuch des Kaisers Otto eingewirkt.

Ein Vergleich zwischen diesen beiden Pilgerfahrten würde sich jedem sofort aufdrängen, und ich weiß nicht, ob dies den maßgebenden Kreisen gelegen war. Jedoch hauptsächlich deshalb unterließ der Kaiser den Besuch des Doms, weil dem Herrn Erzbischof von Stablewski sein Gesundheitszustand absolut den Empfang des kaiserlichen Gastes nicht gestattete. Der Herr Erzbischof fährt nur in der Nähe seines Palastes umher, soweit dies das Wetter gestattet. Manchmal trägt ihn die Dienerschaft in der Sänfte im Garten umher. An eine Reise nach Gnesen und einen mit Mähen verknüpften Empfang des Kaisers kann er nicht denken. Stünde es anders, dann wäre er untrüglich nach Gnesen gefahren. Ein Vertreter war schwer zu beschaffen, da Herr Bischof Likowski in Marienbad zur Kur weilte.

So haben also den Kaiser nur die deutschen und jüdischen Bürger, der Bürgermeister, die Ansiedler und das Domkapitel, mit dem Bischof Andrzejewski an der

Spitze, empfangen. Das waren keine interessanten Physiognomien. Ich bezweifle, daß der Kaiser von ihnen erbaut war. Den Empfang seitens des Publikums werde ich nicht beschreiben. Es war das gewöhnliche Hurrahschreien, wobei die Stimmen der Ansiedler für viele hinreichen mußten. Ebenjowenig enthält die konventionelle, mit patriotischen Wendungen gespickte Rede des Ersten Bürgermeisters Schoppen etwas Interessantes. Dagegen fordert die Antwort des Kaisers in hohem Grade zum Nachdenken auf. Sie liefert der Presse viel dankbares Material für die Guckzeit. Nebenher gesagt, ich schreibe in Eile, damit mein Brief Sie vor Redaktionschluß erreiche. Ich kann die Rede mithin weder inhaltlich genau wiedergeben, noch sie mit den Kommentaren versehen, deren sich allzuwiele in die Feder drängen.

Nachdem der Kaiser für den schönen Empfang gedankt hatte, gab er seiner Freude Ausdruck aus Anlaß des Anblicks der Ansiedler. Er sagte:

(Folgt der einschlägige Passus.)

Sodann sagte der Kaiser unter unserer Adresse:

(Folgt der einschlägige Absatz.)

In obigem Absatz fällt vor allem auf, daß der Kaiser diesmal von Polen und nicht von Preußen polnischer Zunge gesprochen hat. Die Polen achten die übrigen Konfessionen und dennoch erfahren sie — entgegen den Versicherungen des Kaisers — überall da, wo sie mit dem deutschen Element zusammentreffen, Hintenansehung und Unrecht auf kirchlichem Gebiet. Augenscheinlich ist der Kaiser davon nicht unterrichtet.

Ich bekenne, daß mir unklar ist, was der Kaiser damit sagen wollte, indem er diese Bemerkung mit der an die Deutschen gerichteten Aufforderung verband, in der Kulturarbeit anzuharren. Bedeutet das, daß man, indem man den Glauben der Polen achtet und sie auf diese Weise gewinnt, dies ausnützen muß, um in sie deutschen Geist einzupflanzen?

Die den Deutschen erteilten Lehren, keinen Boden an Polen zu verkaufen, sollten in unsrer Volksgemeinschaft den stärksten Wiederhall finden und für uns eine Lehre sein. Niemals vielleicht hat die polnischen Verschächerer ein stärkerer Tadel getroffen.

Wenn der Kaiser in seiner weiteren Ansprache die Lösung ausgegeben hat „Erst die Pflicht, dann das Vergnügen“, so muß auch diese Lösung jeder von uns sich in die Seele schreiben.

„Wie ein Soldat den Posten nicht verlassen darf“ — so sagte er — „so dürfen die Deutschen nicht aus dem Osten weichen.“

Und sollen wir, die wir hier geboren und erzogen sind, weichen, retirieren vor den Feinden von dem Boden unsrer Väter? Sollen wir gegen das Vaterland sündigen, indem wir das uralte Land des Boleslaus Chrobry in die Hände derjenigen geben, die er mit mannhafter, heldenhafter Hand in blutigen gegen den Kaiser Heinrich geführten Kämpfen abgewehrt hat? Hundertmal heiliger und größer ist die auf uns ruhende Pflicht, über die Hinterlassenschaft der Väter zu wachen, als die den deutschen Ansiedlern obliegende. Sie sind hierhergekommen des Broterwerbs wegen, um ihr Los zu verbessern. Wenn der Kaiser ihnen die Pflicht auferlegt, den Polen keinen Boden zu verkaufen, so wäre der hier Eingeseffene ein Verbrecher, würde er ihn den Deutschen verkaufen, das polnische Volk zum verächtlichen Behandeln ins Innere Deutschlands jagen, das rettende Brett fahren lassen. Nochmals berührte der Kaiser die kirchliche Frage im folgenden bezeichnendsten Absatz:

(Folgt der Wortlaut.)

Diese Worte wecken eine ganze Phalanx von Erwägungen. Eins nur hebe ich hervor. Man hat uns hier mit voller Kraft die Tatsache vor Augen geführt,

daß die Politik der preussischen Regierung den Katholizismus gegen das polnische Nationalgefühl ausspielt. Wenn jetzt noch jemand unter uns nicht begreift, welche ungeheure Gefahr für uns in dem Klerikalismus und Ultramontanismus unsrer Volksgemeinschaft steckt, der wird das nie begreifen. . . .

Das Kaiserliche Bekenntnis, das sich auf Leo XIII. bezieht, wird die Herzen der polnischen Katholiken mit großem Schmerz, mit großer Bitterkeit durchdringen; denn sie haben fürwahr nicht erwarten können, daß der verstorbene heilige Vater in ihrem Namen, im Namen von uns Polen dem Kaiser ein feierliches Versprechen gegeben habe, zu welchem er kein Recht hatte. Leo XIII. war doch wohl kein Repräsentant der polnischen Nation. Unsre nationalen Ideale sind eine Sphäre, zu welcher selbst der Papst keinen Zutritt hat. Diese Ideale hat er als Italiener, der unter anderen Verhältnissen aufgewachsen ist, nicht verstehen können und er hat sie auch offenbar nicht verstanden. Das von Leo XIII. erteilte Versprechen mußte wohl erst die Unterschrift der polnischen Nation erhalten.

Wir sind in rechtlichpolitischer Hinsicht Untertanen des Königs von Preußen; aber wenn als Hauptzeichen der Untertanen der deutsch-preussische Patriotismus bezeichnet wird, — dann unterschreiben wir Leo XIII. Versprechen nicht.

Ein Freund der Praca.

Aus Nr. 183 des Ogródownik (Posen)

vom 12. August 1905:

Was der deutsche Kaiser gesagt hat!

Vom Ring der Hauptstadt der polnischen Primasie im Angesichte der uralten Kathedrale des hl. Adalbert erschollen über unsere Lande Worte des Monarchen, der nach Gottes Fügung über uns herrscht. Der preussische König, welcher neben vielen anderen Titeln auch den eines Großherzogs von Posen führt, hat nicht zum ersten Male zu uns gesprochen.

Jede in den letzten Jahren über die polnische Frage gehaltene kaiserliche Rede war ein neuer und unwiderleglicher Beweis dafür, daß sich der Monarch mit dem gegen uns angewandten politischen System solidarisirt erklärt. Die polnischen Untertanen des preussischen Königs wissen wohl, mit welchen Mitteln die Staatsverwaltung das äußerste Ziel erstrebt, denn sie empfinden diese Mittel tagtäglich an sich.

Daher malte sich auch der Frohsinn, von welchem der Kaiser sprach, nicht auf den polnischen Gesichtern. Die frohen Gesichter gehörten jenen Tausenden von deutschen Kolonisten an, die unter Benachteiligung der Polen auf polnischer Erde angesiedelt worden sind, auf derselben Erde, auf welcher der polnische Arbeiter wegen der bekannten Novelle kein Plätzchen findet, wo er sein von alltäglichen Sorgen ermattetes Haupt niederlegen könnte. Der Frohsinn kam von allen denjenigen Beamten, die ausschließlich einträgliche Stellen inne haben, die von den Millionenfonds für Gehaltszulagen Gebrauch machen.

Diesen allen ist es klar, daß sie unter dem Hohenzollernbanner Schutz und Recht finden, sie wären auch die letzten Undankbaren, wenn ihr Antlitz bei dem Anblick ihres Kaisers nicht von Freude erstrahlen würde. Die Polen besaßen jовiel Taktgefühl, daß sie sich mit ihrer Trauer verbargen. Der Kaiser empfand dies offenbar, da er ausdrücklich bemerkte, daß die preussische Stadt dem preussischen Könige huldige.

Zwischen der Kaiserrede in Posen und der jüngst in Gnesen gehaltenen besteht ein grundsätzlicher Unterschied, der umsomehr zum Ausdruck gebracht werden muß, als der Kaiser selbst zweimal diese Reden

verglichen hat. In Posen hatte der Kaiser den Wunsch ausgedrückt, daß den Polen die geschichtlichen Traditionen und die nationale Sonderstellung erhalten bleiben sollen. In Gnesen betonte er dagegen, daß die leicht angeregte polnische Phantasie mit Pflege geschichtlicher Erinnerungen manches Gemüt zu falschen Schlüssen führen könne.

Der Unterschied zwischen der ersten und zweiten Ansprache braucht wohl nicht besonders erklärt zu werden.

Auch die deutschen Landverkäufer, die sich nach den Worten des Kaisers am Vaterlande versündigten, haben eins abbekommen. Und doch um wieviel geringer ist diese Sünde auf deutscher Seite als auf der polnischen. Für den Deutschen ist die Erde eine Ware, für die Polen alles. Der Deutsche kann für ein im Posenschen verkauft Gut zwei andere Güter in Deutschland kaufen, und er wird sein Vaterland noch nicht verlieren. Wenn der Pole seinen Landbesitz verliert, wird er zum Verbannten ohne Haus und Habe.

Der Abschnitt der Kaiserrede, welcher von den Aufgaben des Deutschthums im Osten handelt, ist von politischer Bedeutung. Der Kaiser sagte ausdrücklich, die Tätigkeit im Osten sei eine Pflicht gegenüber dem Vaterlande und dem Deutschthum. Er unterschied somit genau die polnische Sache in den Grenzmarken im Verhältnis zum deutschen Reiche von den Aufgaben des Deutschthums im allgemeinen im Osten Europas. In dieser Auffassung sind die Deutschen in den polnischen Landesteilen die Pioniere des Deutschthums in der internationalen Politik. „Wie der Posten nicht von seiner Wacht weichen darf, so dürfen Deutsche nicht aus dem Osten weichen.“

Auch die religiöse Seite der Gnesener Rede enthält ziemlich bedeutsame Anschauungen. Der politische Lenker stellt auf den ersten Plan sogar die höchste geistliche Behörde, um einen gewissen Bruchteil des Volkes in der treuen Untertanenschaft zu festigen. Das muß umsomehr treffen, als keiner der polnischen Untertanen daran denkt, dem preussischen Könige gegenüber die Untertanenschaft aufzugeben. Der verstorbene Papst Leo XIII. konnte mit vollem Vertrauen dem deutschen Kaiser versichern, daß kein katholischer Pole sich gegen ihn auflehnen werde. Auch ohne Hilfe des Kapitels wird der verstorbene Papst nach dieser Richtung hin nicht wortbrüchig werden.

Wenn sich der Monarch trotzdem an das Kapitel wendet und ihm sogar seine Hilfe bei der Verwirklichung der Worte des Papstes zusagt, so müssen wir die Aufforderung des Kaisers anders verstehen. Der Kaiser paßte sie jedem an, sowohl dem Polen gegenüber wie dem Deutschen, wenn er nur Katholik ist. Aus dieser Zusammenstellung muß man schließen, daß es ihm um die Gestaltung des Verhältnisses der polnischen Katholiken zu den deutschen Katholiken zu tun war. Die Stellung unserer geistlichen Behörde in dieser Angelegenheit ist allzusehr bekannt, als daß wir sie noch näher bezeichnen sollten. Und dennoch ein Appell an das Kapitel!

Augenscheinlich haben die deutschen Katholiken von der Kathol. Rundschau und vom Pos. Tageblatt schon solchen Einfluß gewonnen, daß auch die höchste Unterstützung für sie nicht zu hoch ist. Die „polnisch-sprechenden“ preussischen Katholiken werden zweifellos in allernächster Zeit Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß Deutschthum Kultur bedeutet auch in religiöser Beziehung.

Die polnische Gesamtheit wird sich auch diese allernueste Rede des Kaisers ins Gedächtnis schreiben und sie in ihrem Herzen behalten, so wie sich der Monarch das wünscht. Wir werden unsere Pflichten nicht vergessen, aber wir werden auch an unsere Rechte

denken. Von diesen Anschauungen werden uns weder Drohungen, noch Zugeständnisse ablenken. Die ersteren haben uns durch hundert Jahre nicht zerichmettert, die zweiten haben uns Vorsicht gelehrt. Diesen Widerstand und diese Vorsicht stellen wir jedem System entgegen, und mit Gottes Hilfe wird der Sieg auf unserer Seite sein.

In einer in

Nr. 96 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 12. August 1905

unter der Überschrift

Der Einzug Kaiser Wilhelms in Gnesen

enthaltenen Korrespondenz wird nach Schilderung des Einzuges auch die Rede Sr. Majestät des Kaisers und Königs inhaltlich wiedergegeben, wobei eine Stelle der Rede in nachstehender Weise entstellt wird:

Entstellung:

Der Kaiser erwähnte den Besuch beim hl. Vater und hob hervor, daß, als er vor einigen Jahren beim hl. Vater gewesen wäre, dieser ihn gesegnet **und ihm anempfohlen hätte, für die Katholiken aller Nationalitäten gut und gerecht zu sein. „Ich glaube — fuhr der Kaiser fort — daß Ich als preussischer König im Sinne des hl. Vaters gehandelt habe.“**

Wortlaut der Rede:

Für jeden, sei er polnisch oder deutsch, der aber katholisch ist, möchte Ich noch eins erwähnen: Als bei meinem letzten Besuch im Vatikan der greise Leo XIII. von mir Abschied nahm, da sagte er Mich mit beiden Händen und — trotzdem Ich Protestant bin — gab er Mir seinen Segen mit folgendem Versprechen: Ich gelobe und verspreche Ew. Majestät im Namen aller Katholiken, die Ihre Untertanen sind, sämtlicher Stämme und jedes Standes, daß sie stets treue Untertanen des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen sein werden.

An Ihnen, meine Herren vom Kapitel, wird es sein, das hohe Wort des großen priesterlichen Greises zur Wirklichkeit zu machen, auf daß derselbe nicht dereinst noch nach seinem Tode wortbrüchig werde dem Deutschen Kaiser gegenüber.

Die Gazeta Olsztynska (Allenstein)

macht in ihrer Nr. 95 vom 12. August 1905 nach Wiedergabe eines Artikels aus dem Drendownik betreffend den Kaiserbesuch in Gnesen folgende Ausführungen:

„Und die preussische Regierung wird die preussischen Talerpatrioten untrüglich erhören. Wie verlautet, wird die Regierung in der nächsten Session dem Landtage einen Antrag auf Bewilligung weiterer Mittel zum Auskaufen polnischen Grund und Bodens vorlegen.

Aus obigem ergibt sich, daß im deutschen Reiche, und vor allem im preussischen Staate, die Haktisten regieren, und daß diese Haktisten mit ganzer Energie dahin streben, um durch das Auskaufen polnischen

Grund und Bodens und durch das Heranziehen deutscher Ansiedler der polnischen Nation das Grab zu bereiten.

Mit Gottes Hilfe wird ihnen die Ausrottung der polnischen Nation nicht gelingen, denn was Gott erschaffen hat, kann der Mensch nicht vernichten. Die preussischen Hafatisten sind aber für uns eine unaufhörliche Warnung, die sich in folgenden Worten zusammenfassen läßt:

„Polnisches Volk! Wenn du nicht willst, daß auf dieser Erde, welche mit dem Blute der Vorfahren getränkt ist, für unsere Nation, für unseren heiligen Glauben und für unsere geliebte polnische Sprache, ein Kirchhof entstehe, dann mußt du jedes Stückerl dieser Erde mit Händen und Füßen verteidigen.“

Polnisches Volk! Wenn du nicht willst, daß die Hafatisten, die sogar unsere Priester dazu bewegen, die polnischen Kinder in deutscher Sprache für die heiligen Sakramente vorzubereiten, unsere polnische Sprache sogar auch aus unseren heiligen Kirchen verdrängen, dann verteidige die polnische Sprache mit ganzer Kraft und mit vollem Mute, und vor allen Dingen lehre den Kindern zu Hause polnisch lesen und schreiben.

Polnisches Volk! Wenn du nicht willst, daß das polnische Gefühl in der Brust deiner Verwandten, Bekannten, Kinder und Enkel erlösche, so bestimme sie zum Lesen polnischer Schriften und Bücher.“

Wenn sich das ganze polnische Volk in dieser Weise gegen das preussische System und gegen die preussischen Hafatisten bewaffnet, dann werden uns sogar die Pforten der Hölle nicht bezwingen.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 179 des Ogródnik (Posen)

vom 8. August 1905:

Der deutsche Kaiser in Gnesen.

In dieser Woche fährt der deutsche Kaiser, begleitet von seiner Suite von Generälen, zu den Manövern, die in der Nähe der Prosna stattfinden sollen. Die Zeitungen haben berichtet, daß nach dem kaiserlichen Reiseprogramm der Kaiser den uralten Dom in Gnesen in Augenschein nehmen würde, in dem vor Jahrhunderten die Organisation des polnischen Reiches und der katholischen Kirche ihren Anfang nahm. Er soll ferner die Reliquien des heiligen Adalbert, des ersten Apostels des polnischen Volkes besichtigen.

Vor diesen heiligen Reliquien stand vor etwa 1000 Jahren ebenfalls der damalige deutsche Kaiser. Damals kniete er vor ihnen nieder und setzte dann seine Kaiserkrone auf das Haupt unseres Königs Boleslaus Chrobry, des Gründers des großen polnischen Reiches, welches beinahe 1000 Jahre an der östlichen Schwelle der europäischen Kultur stand und sie erfolgreich beschützte.

Welch' ein gewaltiger Unterschied zwischen der Anwesenheit des einen und des anderen deutschen Kaisers, die durch beinahe 10 Jahrhunderte von einander getrennt sind.

Dieser Unterschied weckt in uns historische Reminiszenzen, welche allzusehr zu erörtern oder sich durch sie rühren zu lassen der gegenwärtige Augenblick nicht gestattet, denn sie bringen uns allzu nachdrücklich die nationale Pflicht der Jetztzeit in Erinnerung.

Man bemühte sich hierum bei der Aufstellung des kaiserlichen Reiseprogramms. Die deutschen Zeitungen berichten, daß zur Begrüßung des deutschen Kaisers 2000 Ansiedler, die besonders Spalier bilden sollen,

nach Gnesen kommen werden. Wie die Hafatisten nun einmal sind, beschlossen sie auf ihre Weise die Anwesenheit des Kaisers zu feiern und sie veranlaßten, daß einige Tage vor der Ankunft in ihren Organen bekannt gegeben wurde, der Ansiedlungsfonds, der bereits fast eine halbe Milliarde beträgt, werde noch um neue hundert Millionen vergrößert werden. Sie fügten also dem kaiserlichen Reiseprogramm eine ganz besondere Illustration hinzu.

Es ist unbekannt, aus welchen Gründen sie dies tun. Wollen sie vielleicht die Kaiserreise in ihrem eigenen Interesse ausnutzen, um die Bodenpreise gehörig in die Höhe zu treiben und desto leichter ihre Taschen aus dem Staatschatz zu füllen? — denn dies verstehen sie; — oder wollen sie heute an dem polnischen Element im preussischen Anteil ihr Mütchen kühlen? — denn auch dieses verstehen sie. Möglicherweise haben sie sich von beiden Beweggründen treiben lassen.

Die Hafatisten arbeiten unwillkürlich dafür, daß die Fahrt Kaiser Wilhelms nach Gnesen und die Manöver in der Umgegend von Gnesen nicht völlig gleichgültig an uns vorübergehen. Der deutsche Kaiser nimmt alljährlich an großen Manövern teil; er fährt bis an die Grenzen Frankreichs, Dänemarks, deshalb hat auch seine Fahrt in unsere Gegend nichts Außergewöhnliches an sich. Die Hafatisten jedoch sorgten bei uns dafür, die ganze seit 35 Jahren vervollkommnete Maschinerie, die dem polnischen Element im preussischen Anteil gegenüber angewandt wird, uns vor Augen zu führen. Sie sorgten dafür, dem polnischen Volke klar zu machen, daß es nicht männlich sei, sich durch historische Reminiszenzen zu Tränen rühren zu lassen, daß die gegenwärtige Zeit dem ganzen polnischen Volke die Pflicht ins Gedächtnis ruft für die Sicherstellung des häuslichen Herdes und die nationale Existenz zu arbeiten.

Aus Nr. 176 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 4. August 1905:

Schiedsgerichte des Strazvereins.

Der von einem „polnischen Bürger“ im Dziennik Berlinski aufgeworfene Gedanke, polnische Schiedsgerichte einzurichten, befindet sich bereits auf dem Wege der Verwirklichung.

Der Vorstand des Strazvereins hat nicht lange debattiert und gewartet, sondern er ist schnell zur Tat geschritten und hat das Bereich der Tätigkeit des Vereins auch nach dieser Richtung hin erweitert.

In der Instruktion für die Starosten (Kreisdelegierten) des Strazvereins lesen wir:

„Der Starost wird dafür sorgen, daß in seinem Kreise oder in seiner Stadt ein Schiedsgericht eingerichtet werde, ein ständiges oder ein für jeden einzelnen Fall zu wählendes. Das Interesse der ganzen Volksgemeinschaft erheischt, daß wir uns selbst richten und nicht den Fiskus bereichern. In schwierigen Fällen gewährt der Hauptvorstand des Strazvereins nebst der Rechtschutzsektion (Dr. von Dziembowski, Posen, Bergstraße 10) Rat und Beistand.“

In der Instruktion für die Kommissare (Distriktsdelegierten) des Strazvereins finden wir in dieser An gelegenheit folgende Vorschrift:

„Der Kommissar wird in seiner Gemeinde für die Einrichtung eines Schiedsgerichts sorgen, eines ständigen oder für jeden einzelnen Fall zu wählenden.

Das Interesse der ganzen Volksgemeinschaft heißt, daß wir uns selbst richten und nicht den Fiskus bereichern. In schwierigen Fllen gewährt der Starost des Strazvereins Rat und Beistand.“

Wir freuen uns aufrichtig, daß der Strazverein, ohne die Sache der Einrichtung von Schiedsgerichten lange hinzuschleppen, sie in das Bereich seiner Tätigkeit gezogen hat und daß unsere Bevölkerung von jetzt an eine Instanz zur Erledigung von strittigen Angelegenheiten anstelle der preußiſchen Gerichte haben wird, welche an dem Prozessieren unseres Volkes alljährlich Millionen verdienen.

Möge von jetzt an ein jeder, der irgend einen Streit mit einem Landsmann hat, sich nicht an das preußiſche Gericht wenden, sondern an die betreffenden Organe des Strazvereins. Letzterem wünschen wir auf diesem Wege den größtmöglichen Erfolg.

Aus Nr. 181 des Dziennik Poznaski
vom 10. August 1905:

Der Kampf gegen den Alkohol.

Vom 11. bis 16. September findet der X. internationale Antialkoholkongre in Budapest statt. Wer an internationalen Zusammenknfsten dieser Art teilgenommen hat, der weiß, wie groß ihre Bedeutung für die kulturelle Entwicklung der Menschheit ist. Leider hatte die polnische Nation davon wenig Nutzen, da unsere Beteiligung an den internationalen Antialkoholkongressen überaus schwach war. Es ist die höchste Zeit, mit der bisherigen Gleichgültigkeit zu brechen. Denn auch bei uns besteht leider die sogenannte Alkoholfrage, der wir bisher tatlos und fast ratlos gegenübergestanden haben.

Wenn es irgend Zeit und Mittel gestatten, der begeben sich nach Budapest. Dort werden die aus der ganzen Welt zusammengekommenen hervorragenden Praktiker uns Fingerzeige geben, wie der ungeheuerliche Feind der Menschheit zu bekämpfen ist, da wird man in uns die Hoffnung wieder aufleben machen, daß die allgemeine Plage, zu welcher die Trunksucht geworden ist, heilbar sei.

Die ungarische Regierung gewährt den Kongresteilnehmern verschiedene Zugeständnisse und Erleichterungen. So erhält z. B. jedes Kongresmitglied eine Karte, die es zu einer Ermäßigung des Fahrpreises auf den ungarischen Bahnen von der Grenze Ungarns bis nach Budapest berechtigt.

Die Ermäßigung ist auf die Weise normiert worden, daß eine Fahrkarte II. Klasse zur Fahrt in der I. Klasse, ein Billet III. Klasse zur Fahrt in der II. Klasse berechtigt. Wer aber III. Klasse fahren will, der zählt die Hälfte des Preises einer Fahrkarte II. Klasse. Das den Kongreß veranstaltende Komitee wird für unentgeltliche Wohnungen für unbemittelte Personen sorgen.

Für eine Teilnehmerkarte sind 6 Kronen — etwa 5 Mark — zu zahlen. Dafür hat man das Recht auf alle vom Kongreß herausgegebenen Drucksachen.

Die Kosten für die Hin- und Rückreise net Unterhalt betragen bei bescheidenen Anforderungen etwa 80—100 Mark. Vermögende können sich das leisten. Doch wieviele besonders unter der jüngeren Generation möchten an dem Kongreß teilnehmen, sie können es aber nicht wegen Mangel an Mitteln. Wir wenden uns daher auch hier an die Opferwilligkeit der Gesamtheit. Das für diesen Zweck ausgegebene Geld wird bestimmt nicht verschwendet sein. Die Geschichte der Antialkoholbewegung anderer Länder lehrt uns, daß gerade aus den Reihen der Teilnehmer an diesen

Kongressen die wackersten Bekämpfer der Trunksucht hervorgegangen sind.

Beiträge für obigen Zweck bitten wir zu senden an die Adresse Pfarrer Miesiolowski Pleschen, Provinz Posen.

Die Teilnahme an dem Kongreß sowie die Anträge auf Gewährung eines Freiquartiers sind anzumelden unter der Adresse Dr. Philipp Stein, Budapest Központi varoshaza. Die Gebühr für die Teilnehmerkarte nimmt entgegen Apotheker Karl Tauffer, Budapest IV Terez Krat 39.

Das polnische Komitee

für die Vorbereitung der Teilnahme von Polen am X. internationalen Antialkoholkongre in Budapest. (Abteilung des Komitees für den preußiſchen Anteil.)

P. Andrzejewski-Posen. Dr. Celichowski-Kurnik.
Jozef Chociszewski-Gnesen. Stefan Chociszewski-Posen.
Dr. Czarnecki-Gnesen. J. Brejski-Thorn.
Pfarrer B. Kojcielski-Posen. Fr. Krzyzagorski-Posen.
Pfarrer M. Mrugas-Potalice.
J. Lewandowski-Posen. Pfarrer Miesiolowski-Pleschen.
Bronislaus Maczynski-Posen.

Aus Nr. 180 des Lech (Gnesen)

vom 8. August 1905:

Aufruf.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben.

Aus Anlaß der Schließung der Schulen im Königreich sind eine Anzahl unbemittelter Gymnasiasten zur Fortsetzung ihrer Studien nach Krakau gekommen. Unsere Landsleute in Krakau haben sich ihres Schicksals angenommen, sich um ihre vorläufige Unterbringung bemüht und Privatkurse eingerichtet, in welchen die Jugend zum Abiturientenexamen an den Krakauer Gymnasien vorbereitet werden soll.

Zur weiteren erfolgreichen Vollendung des unternommenen Werkes fehlt es an Fonds.

Ermächtigt durch das Krakauer Komitee, wende ich mich an diejenigen Personen, welche die Tragweite dieser Sache wohl verstehen, mit der Bitte, auch den kleinsten Betrag an mich zu senden. Unsere Brüder aus Galizien und dem Königreich haben uns in der denkwürdigen Wreschener Tragödie hilfreich zur Seite gestanden. Wir werden einen Beweis der nationalen Zusammengehörigkeit geben, wenn wir nach Krakau ein Opfer senden, welches umso mehr geschtzt werden wird, weil es aus den unglücklichsten und den am meisten bedrohten polnischen Westmarken stammt.

Anton Karpinski,
Rechtsanwalt in Gnesen.

Wir regen unsere Leser zu Beiträgen für den obigen edlen Zweck an und nehmen solche ebenfalls entgegen.

Die Redaktion des Lech.

Aus Nr. 32 der Praca (Posen)

vom 6. August 1905:

Gefährliche Ambitionen Deutschlands.

Der französisch-russische Zweibund hat gegenwärtig nicht die geringste reale Bedeutung; darum hat Deutschland gerade diesen Moment als besonders günstig angesehen, um mit seinen Forderungen hervorzutreten und nach dem Diktatorenstabe zu greifen. Jedoch geht

daraus nicht hervor, daß der Zweibund gänzlich aus dem Leim gegangen und die Freundschaft zwischen Paris und Petersburg erloschen sei, ohne etwas hinterlassen zu haben. Auf so schwache Grundlagen hat sich dies Bündnis nicht gestützt, als daß die jetzige Schwäche Rußlands und die Annäherung Frankreichs an Großbritannien ihm ein Ende bereiten sollte. Die militärische Macht Deutschlands und seine Eroberungsinstitute waren, sind und werden der Zement bleiben, der diese beiden Staaten verbindet. Zwar hat Rußland die Niederwerfung Frankreichs durch Deutschland gestattet, — doch wenn die Geschichte sich wiederholen sollte, könnte Rußland in der Rolle eines passiven Zeugen nicht mehr verharren, sondern es müßte im Interesse des europäischen Gleichgewichts und der Unversehrtheit seines Staatswesens entweder zur Waffe greifen, oder seine Sympathie für Frankreich kräftig hervorkehren, um auf diese Weise eine Diversion zu machen und deutsche Heere vom französischen Kriegsschauplatz an die russische Grenze abziehen. Wenn Rußland nämlich Frankreich den Deutschen als Beute überlasse, würde es sich und das gesamte Slaventum Deutschland auf Gnade und Ungnade preisgeben, und Deutschland hätte nach einem neuen siegreichen Kriege gegen Frankreich auf dem Kontinente nicht den geringsten Hemmschuh seines ungeheuren Ehrgeizes, und es könnte seinen Eroberungsgelüsten die Zügel schießen lassen.

Die russische und die französische Presse scheinen den Zweibund als weiterbestehend anzusehen. Es gibt zwar konservative russische Politiker nach Art des Fürsten Urussow, der im Dziennik Pzozanski Kombinationen von zweifelhaftem Wert niedergelegt hat, Politiker, die an Frankreich mit übertriebenen Forderungen herantreten und in ihrer Engländerfurcht über Frankreich herfallen, weil dieses Großbritannien die Hand reicht; doch ändert dies nichts an der Tatsache, daß es, sofern Deutschland Frankreich angreifen sollte, im Interesse von Frankreichs Bundesgenossen liegt, Deutschlands Sieg zu verhindern.

Je eher der Friede zustande kommt, desto eher wird Rußland neue Bahnen beschreiten und innerlich wiedergeboren werden, so daß es militärisch und diplomatisch im Kreise der Monarchien eine angesehene Stellung einnehmen wird; — um so schlimmer für Deutschland, das auch mit scheelen Augen den Reformen im Reiche des weißen Zaren zusieht und neue Strömungen und grundsätzliche Evolutionen daselbst fürchtet, welche den Einflüssen Berlins an der Neva ein Ziel setzen könnten. Das englisch-französische Einvernehmen kann unseres Erachtens kein Zankapfel zwischen Frankreich und Rußland sein, wie wir oben bemerkt haben. Wenn hohe Rücksichten Petersburgs auf Deutschland das Bündnis mit Frankreich nicht zerrissen haben, so kann Rußland es Frankreich nicht übelnehmen, wenn letzteres, isoliert und von Deutschland bedroht, sich auf England gestützt hat und zu diesem herzliche Beziehungen unterhalten wird. Eins schließt das andere nicht aus. Wenn übrigens Rußland nach Beendigung des Krieges mit Japan wird begreifen wollen, daß es der Eroberungspolitik in Asien zu entsagen und daß es alle Kräfte anzustrengen hat zwecks wirtschaftlicher Hebung des eignen Landes, dann steht seiner Annäherung an England nichts im Wege.

Es liegt das im Interesse Rußlands. Wenn es der Konkurrenz in Afghanistan entsagen, wenn es England nicht mit der Eroberung Indiens bedrohen, (— was das geschwächte Rußland übrigens nicht bewerkstelligen könnte) und wenn es noch dazu die Handelsinteressen Englands in Persien berücksichtigen wollte, so würde Rußland das gewinnen, daß England seine asiatischen Besitzungen am Kaspiischen Meere achten

und seinen Wettstreiter um den Frieden nicht stören würde, der einem Staate so sehr nötig ist, welcher wiedergeboren werden und alles von vorn anfangen soll.

Sache Frankreichs wird es sein, es zur Verständigung zwischen Rußland und England zu bringen. Letzteres hat jetzt keinen Anlaß, Rußland in Asien zu fürchten und es wird jetzt in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten machen. Im Gegenteil, die Politik des vorsichtigen und verschlagenen Eduard VII. scheint ausdrücklich das Zusammenscharen der Monarchien gegen Deutschland zum Ziele zu haben. Rußland wird mithin für ihn ein erwünschter Bundesgenosse sein. Wenn König Eduard selbst keine Schritte tut, um freundschaftliche Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen, so erklärt sich dies damit, daß er diesen Moment als vorzeitig erachtet. In der That kann, solange in Rußland den reaktionären Elementen, welche sich durch das Berliner Kabinett am Zeitheil führen lassen, nicht der Kopf gewaschen ist, von einem Fallenlassen des früheren, von Deutschland geschürten Antagonismus gegen England nicht die Rede sein. Erst mit dem Augenblick, wenn die letzten morschen Pfeiler des Kolosses auf tönernen Füßen gefallen sein werden und Rußland aufhören wird, ein asiatischer Staat zu sein, wird sich ein Feld für Kombinationen eröffnen, welche zu einem englisch-französisch-russischen Bündnis führen können. Fürs Erste liegt mithin ein solcher Dreibund noch weit im Felde, er zeichnet sich aber in der Zukunft klar ab.

Indessen sucht König Eduard für seine anti-deutschen Zwecke Österreich-Ungarn zu gewinnen, welches von dem Ehrgeiz Deutschlands nicht minder bedroht ist. Die Verhältnisse zwischen Wien und London lassen seit sehr langer Zeit nichts zu wünschen übrig, sie sind sogar sehr freundschaftliche. Das sucht Eduard VII. schon seit 1902 auszunutzen, um die Wiener Regierung in das antideutsche Bündnis hineinzuziehen. Diesen Bestrebungen arbeiten die preußenfreundlichen Elemente in Österreich entgegen, welche in den Alldeutschen und den an der Ausbreitung der Berliner Einflüsse daselbst arbeitenden Vereinen stark vertreten sind, also die evangelischen Vereine vom Schlage des Gustav-Adolph-Vereins. Dagegen sollten die nichtdeutschen Elemente, sogar die den Habsburgern ergebenden Österreicher dem Selbsterhaltungstrieb Gehör schenken, das Bündnis mit Deutschland brechen und sich gegebenenfalls mit England und Frankreich zusammenscharen. Österreich-Ungarn hat, indem es bisher an Deutschlands Rockzipfel hing, die erbärmliche Rolle eines Satelliten gespielt. Hierfür hat man ihm im Wiener Traktat mit Bosnien gelohnt, um ihm auf wirtschaftlichem Gebiet einen Schlag nach dem anderen zu verfehen. Wären Deutschlands Ambitionen nicht eine Drohung für Europa und wäre im Schoße der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht ein erster staatlicher Katalismus im Anzuge, dann könnten die Sachen in alter Weise fortgehen. Jedoch streben nach dem Beispiel Norwegens die Ungarn deutlich nach der Losreißung von Österreich. Und sobald dies eintreten wird, werden die deutschen Elemente umso mehr nach dem deutschen Reiche hingravitieren, ebenso wie Galizien nach dem Königreich Polen hinneigt. Für den Moment des eventuellen Zerfalls Österreichs bereitet sich Deutschland so vor, um nicht leer auszugehen. Die Vereinigung aller deutschen Landesteile unter dem Zepher der Hohenzollern ist das Ziel der österreichischen Alldeutschen und der in der preussischen Seele schlummernde Traum, was sich an der preussischen Agitation in Österreich zeigt. Die deutschen Ambitionen erschrecken mithin die Habsburger, die Kern-Österreicher deutscher Zunge nicht minder als die Slaven unter dem Zepher Franz Josefs. Diese Elemente werden mithin den Wünschen Eduard VII. willfährig sein, —

es ist nur die Frage, ob sie sich zu genügender Initiative aufrufen und genügenden Einfluß auf den Gang der Wiener Politik gewinnen werden, um deren Richtung prinzipiell zu ändern und sie in ein anderes Bett zu drängen. **Daß das Zusammenscharen aller von den deutschen Ambitionen bedrohten Monarchien im Interesse der Polen in allen drei Landesteilen liegt, unterliegt keinem Zweifel.** Darum fordert das Slowo Polskie auch die polnische Fraktion in Wien zu einer Aktion auf, die eine Annäherung Österreichs an das Bündnis gegen das deutsche Kaiserreich zum Zweck hat. Alles, was jetzt sich vor unsern Augen ausbreitet, ist ein großes Spiel zwischen Deutschland und England, ein Spiel, mit dem das Los und die Angelegenheiten unserer Nation eng verknüpft sind. Die polnische Repräsentation in Wien sollte mithin dem gegenüber nicht gleichgültig sein und sich nicht in rein inneren Angelegenheiten Österreichs erschöpfen. In dem Augenblick, wo die unsterbliche, wie ein *deus ex machina* auftauchende polnische Frage auf der politischen Bildfläche erscheint, ist es Pflicht dieser Körperschaft, welche Freiheit des Handels und die entsprechenden Voraussetzungen besitzt, die allgemein polnischen Interessen zu berücksichtigen.

Und das Interesse der polnischen Nation heischt imperativisch eine Niederlage des größten, uralten Feindes — eine Niederlage Deutschlands, das sich nicht begnügt, mit der ganzen Anstrengung seiner Staatsmaschine und seiner Kräfte nach der Ausrottung der Polen zu streben, sondern durch sein Beispiel und seine Diplomatie in Rußland, in Österreich und überall unsern Einfluß zu unterbinden und die Polen ohnmächtig zu machen, auszurotten sucht.

Die Niederlage Rußlands ist für uns kein geringes Wohl. Das haben sogar die unheilbaren Posener Russenfreunde begriffen. Aber die Niederlage Deutschlands wäre für uns ein noch hundertfach größeres Wohl. Sie ist sogar die unabwiesbare Vorbedingung der tatsächlichen Wiedergeburt der polnischen Nation. Erst dann, wenn Deutschland wie Rußland seine Schlacht bei Mukden und Tschuschima schlagen wird, wird die polnische Brust aufatmen.

In dieser Überzeugung nehmen die Polen gegenüber dem Streben der englischen Politik eine wohlwollende Stellung ein und sie vertrauen darauf, daß die jetzt zutage tretenden Ambitionen Deutschlands sich als das Grab der deutschen Größe erweisen werden.

Mathias Wierzbinski.

Aus Nr. 175 des Wielkopolanin (Posen)
vom 3. August 1905:

Aus der Gegend von Schildberg,
den 31. Juli 1905.

Es sollen sich in manchen Gegenden polnische Wirte vorfinden, die ihren Grund und Boden an Deutsche, ja sogar an die Ansiedelungskommission verkaufen. Solche soll es reichlich in Rußland und in der Palukei geben. Gewiß ist dies die Arbeit von Winkelagenten, denn man kann doch schwerlich voraussetzen, daß der polnische Bauer sich mit leichtem Gewissen mir nichts dir nichts von seinem väterlichen Besitz trennen sollte. Möglicherweise stecken auch Polizei-Kommissare, Gendarmen oder andere preussische Beamte dahinter. Wer kann verbürgen, daß es nicht

der Fall ist. Ich habe schon mehr als einmal in den Zeitungen gelesen, daß die Kommissare in ihren Bureaus die polnischen Leute auf jede mögliche Art und Weise überreden, ihre Hüfen der Ansiedelungskommission zu übergeben.

In dieser Hinsicht ist es in der Schildberger und in der Adelnauer Gegend noch nicht so schlimm. Bis jetzt war noch keiner der Wirte aus der Umgegend auf die Judasfilberlinge begierig. Alle bemühen sich, auszukommen und jeder schützt sich vor Not wie er kann, aber Gott segnet auch die guten Menschen, sodaß mancher von ihnen ein ansehnliches Depot auf der Kasse hinterlegt hat. Es kommt sogar vor, daß die Unsrigen die Deutschen auskaufen, und es gibt unter diesen solche, die früher außer gesunden und arbeitswilligen Händen nichts besaßen, sich aber langsam hochgearbeitet haben.

Ich weiß aus Erfahrung, daß, wenn man etwas allgemein behauptet, aber keine Beispiele anführt, nicht jeder es glaubt; mancher macht eine abweisende Handbewegung und sagt: „Wenn dies nur wahr ist! Der Schlaupotz hat sich Märchen ausgedacht und siehe da, das ist auch alles!“

Ich lüge nicht, ich sage die reine Wahrheit, aber falls jemand zweifelt, mag er mit Aufmerksamkeit lesen, was ich weiter schreibe und dann wird er gleich aufhören, mich im Verdacht der Lüge und ähnlicher Dinge zu haben.

Ich zähle nun die Ergebnisse auf. Zunächst ist es ein braver alter Mann mit Namen Tomala, der Groschen auf Groschen gespart und sich so hochgearbeitet hat, daß er von einem Deutschen das Vorwerk Podjanski kaufen konnte. Das Vorwerk ist nicht übel, denn es hat 240 Morgen. Noch mehr zeichnete sich ein anderer Landsmann namens Zycki aus, dieser kaufte von einem Juden Kuznica bobr., wobei man beachten muß, daß dies ein großes Stück Land ist, annähernd 800 Morgen groß. Das ist ein kühner Kamerad. Glück auf!

Der dritte, der ebenfalls einen Deutschen ausgekauft hat, heißt Maciaszak. Er erwarb käuflich 212 Morgen von Herrn Klobogel in Kiongenica bei Grabow. Solcher Männer gib uns mehr, o Herr!

In der Stadt Grabow erwarb der Uhrmachermeister Wesolowski von einem Juden käuflich ein Haus, und daß er einer der Unsrigen ist, erkennt jeder sofort, und wenn man auch ganz Deutschland in der Länge und Breite durchsuchen würde, so würde man zwischen den Sachsen und Schwaben doch keinen Wesolowski finden, auch wenn man ihn mit der Laterne suchen würde. Und das beste ist, daß unser Landsmann dem Juden alles was ihm zukommt, auf den Pfennig ausgezahlt hat und ihm nichts mehr schuldet. Jetzt gehört ihm das Haus vom Fundament bis zum Dach und niemand kann ihn aus diesem her austreiben.

In Bukownica kauften polnische Leute 230 Morgen, die ein Deutscher namens Baron in Parzellen aufgeteilt hatte. Wenn dies auch nicht viel ist, so ist es jedenfalls etwas. Lieber etwas als garnichts. Wenn es nur überall so sein möchte, dann können wir die Hakatisen zum Besten haben.

Weiter! Zufällig kam es dahin, daß der Deutsche Alvensleben sich in Marzalki, welches früher den Bronikowskis gehörte, nicht mehr halten konnte. Das Gut ist groß, denn es hat 1400 Morgen. Als dem Alvensleben die Tasche immer leerer wurde, ließ er durch einen Landmesser die Felder in kleine Stücke aufteilen und verkaufte die Hüfen und alle, eine wie die andere kamen in den Besitz polnischer Leute. Dies geschah freilich vor dem allernuesten Ansiedelungsgesetz vom Jahre 1904, das Podbielski und Hammerstein ausgeheckt hatten. Jetzt würde es nicht mehr so gehen.

Ich bitte nochmals zu beachten, daß Marzalki 1400 Morgen groß ist. Gott sei Dank, ein vorzüglicher Erwerb.

Nicht so gut wie anderswo erging es den Leuten in Kionzenice. Dieses Gut kaufte die „Bank ziemski“ von Herrn Dobrogojski und setzte polnische Parzellanten herauf, aber diese Leute können sich schwer halten und das Glend drückt sie nieder. Man sagt, daß diese Leute die Hufen zu teuer bezahlt hätten, uns aber scheint es, daß ihnen von Anfang an alles glatt gegangen wäre, wenn sie beim Kontraktmachen eine größere Anzahlung auf den Tisch gelegt hätten. Sie hatten, um es gerade heraus zu sagen, zu wenig bares Geld.

Noch mehr Grund und Boden kauften in hiesiger Gegend die Unrigen von den Deutschen. Die oben aufgeführte Reihe könnte ich noch bedeutend verlängern. Aber ich begnüge mich mit dem Aufgeführten, um den Sakatisten größeren Kummer zu ersparen. Es wäre gut, wenn der Wielkopolanin meine Korrespondenz einrücken möchte. Es erfrischt dies den Geist vieler von uns, andere erfreut es, wieder andern flößt es Mut ein und muntert möglicherweise manchen, der die Absicht hat, in die Reihen der Verkäufer zu treten, auf dem schlimmen Wege anzuhalten und zurückzuweichen, was unser Herrgott geben möge.

P. Tomek.

Zu vorstehender Korrespondenz fügen wir nachfolgendes hinzu: den größten Teil dieser Nachrichten brachten wir schon in dem Augenblick, wo die Käufe perfekt wurden, der Korrespondent dagegen stellt sie in einer hintereinander fortlaufenden Reihe dar. Aus der Korrespondenz geht hervor, daß es viele arbeitsame Landwirte gibt, die ihr Land lieben, aber was bedeuten diese wenigen gegenüber den vielen Verkäufern, die alljährlich hunderte und tausende von Morgen polnischen Bodens verloren gehen lassen. Trotz der erfreulichen Nachrichten ist es Tatsache, daß uns alljährlich Boden verloren geht.

Jeder Verlust ist in diesen Zeiten um so empfindlicher, als man uns den Erwerb von Grund und Boden immer mehr erschwert.

Diejenigen also, welche solchen besitzen, mögen ihn festhalten. Wohl hat in diesem Jahre die Landwirtschaft große Verluste erlitten, aber wir müssen sie dennoch aushalten. Es werden wieder bessere Jahre kommen und die Verluste werden wir auch wieder gut machen.

Aus Nr. 178 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 6. August 1905:

„Kolnik.“

Puniz, 3. August.

Mehrere Wintermonate hindurch spukte in unserer Umgegend der Gedanke herum, in Puniz eine Kolnik-Genossenschaft zu gründen. Das Projekt wurde dann sowohl in den landwirtschaftlichen Vereinen, die sich unter dem Vorsitz des Bizopatrons Herrn J. v. Mycielski aus Wydawy prächtig entwickelt haben, als auch in privaten Kreisen erörtert. Schließlich kam der Kurator Wawrzyniak zu uns und gründete am 4. Mai d. Js. den „Kolnik“. Gleich am Gründungstage ließen sich 17 Mitglieder eintragen, später meldeten sich über 50, unter ihnen beinahe sämtliche größeren Grundbesitzer aus der Umgegend von Puniz. Deshalb ist auch unsere Hoffnung berechtigt, daß der Punizer „Kolnik“ sich in Zukunft gut entwickeln kann und unser Herz freut sich darüber, daß unser Besitzerstand sich zugleich

mit dem Volk zur gemeinschaftlichen, wichtigen genossenschaftlichen Arbeit anschickt.

Finanzielle Unterstützung findet die neu entstandene Genossenschaft in der Bank ludowy, deren Kapital am 1. August d. Js. bei der Bilanz die beachtenswerte Summe von 621 000 Mark und einen Umsatz von 1 770 000 Mark vom 1. Januar 1905 ab erreicht hat.

Am 1. August schließlich eröffnete der „Kolnik“ sein Kontor neben dem Geschäftslokal der Bank ludowy in der Kirchstraße und seinen Speicher auf dem Marktplatz im Hause des Herrn St. Charaszkiewicz. Der Vorstand, der aus dem Propst Dr. Strzyblewski aus Puniz, den Herren W. Miskiewicz, ebenfalls aus Puniz und K. Szyman aus Mierzejewo besteht, bemüht sich um die Organisation der Genossenschaft, während Herr Methedius Dozor, der kaufmännisch gebildete Repräsentant des „Kolnik“ sich energisch an die Arbeit gemacht hat, um die Ungeduldigen und die sich zahlreich meldenden Interessenten der neu gegründeten Institution zu befriedigen.

Der neuen Genossenschaft wünschen wir Erfolg!

Aus Nr. 178 des Postep (Posen)

vom 6. August 1905:

Tremessen, 3. August.

In Beantwortung der Mitteilung aus Tremessen vom 31. v. Mts., betreffend die Gründung des „Kolnik“ hier selbst, bin ich der Ansicht, daß Herr D., der Einzelberufer der Versammlung, vollkommen richtig verfuhr, als er keinerlei Listen aufstellte, sondern dies der Versammlung überließ, denn er hatte weiter keine Bestimmung zu treffen und für den Posten eines Kassierers hatte er eine völlig entsprechende Persönlichkeit, nämlich einen Fachmann, vorgeschlagen.

Aus welchen Gründen ein bestimmter Teil der Landwirte hartnäckig auf einer anderen Persönlichkeit bestand, darauf gehe ich nicht ein, sondern bemerke nur, daß diese vom Getreidehandel keinen Begriff hat, und was für Folgen ein Unternehmen, das von einem Nichtfachmann übernommen worden ist, haben kann, sehen wir bei uns an dem Beispiel des hier vor nicht allzulanger Zeit gegründeten Expeditionsgeschäfts. In wenigen Monaten verlor der Gründer 5000 Mark und sein Nachfolger verlangt schon gewaltig darnach, sein Geschäft loszuwerden.

Der Getreidehandel ist kein Handel mit Pfeffer und es ist fachmännisches Wissen hierbei entschieden notwendig. Daß dem „Kolnik“ gegenwärtig nur 16 Mitglieder beigetreten sind, macht nichts aus, denn dies ist eine allgemein bekannte Erscheinung bei der Gründung solcher Vereine, aber lange wird es nicht dauern, dann werden mehr Leute beitreten.

Wie schon der Name „Kolnik“ selbst besagt, daß Mitglieder immer und überall beinahe ausschließlich Landwirte sind, die es in Tremessen nicht gibt, obgleich jedes Hausgrundstück mit einem halben Morgen Land ausgestattet ist, so sind deshalb Mitglieder für den Verein und für den Vorstand auf dem Dorfe zu suchen und ist eine Entfernung von einer halben Meile sogar eine geringe.

Dies zur Antwort mit dem Hinzufügen, daß Herr D. Dankbarkeit verdient, daß er sein Geschäft nicht dem Juden, sondern dem „Kolnik“ wünschte und aufhob.

Aus Nr. 8 des Sokół (Posen)

vom 1. August 1905:

Loje Bemerkungen in Sachen der Verbreitung von Aufklärung.

Zwei Monate sind seit der Zeit vergangen, wo wir in Nr. 6 des Sokół in der Juninummer das ABC in Sachen der nationalen Aufklärung durch die Sokółvereine veröffentlicht haben. Wir haben betont, daß diese Instruktion eine interimistische sei, daß wir sie gern vervollständigen würden und daß wir zu diesem Zwecke Vorschläge bezüglich Änderungen, Verbesserungen und Vervollständigungen erwarteten. Bis heute haben wir keinen einzigen Verbesserungsvorschlag, noch eine einzige Auslassung erhalten. Wir bitten darum von neuem, uns Bedenken und Auslassungen aller Art zugehen zu lassen. Das bisherige Schweigen deuten wir wider Willen als — Gleichgültigkeit.

* * *

Zur Ausbreitung unter den Kindern empfehlen wir das neuerdings im Verlage des Lemberger Schulvereins erschienene Büchlein „Ein guter Sohn“ von dem bekannten Schriftsteller und Kinderfreund Wladislaus Belza, dem Verfasser des in Deutschland verbotenen und unter den polnischen Kindern so verbreiteten Gedichtchens „Wer bist du? Ein kleiner Pole!“ usw. Es ist das eine hübsche Bearbeitung des alten Märchens von einem Sohne, der bis jenseits der sieben Berge und sieben Flüsse ging, um aus dem Wunderquell Wasser für die sterbende Mutter zu bringen. Auch Ältere lesen dieses Märchen gern. Das Büchlein schmücken Zeichnungen eines unsrer ersten Zeichner, des Stanislaus Dembicki. Das Büchlein kostet 40 Pfg.

* * *

Wir sind sehr neugierig, ob irgend ein Verein wenn auch nur einen kleinen Teil dessen, was wir im ABC empfehlen, in diesem Jahre erfüllen und nach welcher Richtung hin sich diese Tätigkeit entwickeln wird. Ob sich unter den Sokółkameraden denn wärmere, ausdauerndere und opferbereitere Herzen finden werden? Bis jetzt herrscht eine solche Stille! So wenig Mitteilungen gehen dem Verbandsvorstande zu! Vielleicht wird erst nach den Ganturtagen im Herbst diese Arbeit doch in Angriff genommen werden.

Kameraden aus Westpreußen! Ihr habt den Gantag doch bereits hinter euch, an euch denken wir mithin! Liebt euer Land! Klärt euch und die polnischen Kinder auf! Wir wollen euch mit Geldbeihilfen für Bücher dienen. Wenn ihr sie jedoch auch aus eigenen Mitteln für euch kaufen, wenn ihr die aus eigenen Mitteln gekauften Bücher an die Kinder verteilen werdet, dann werden euch auch die Bücher lieber sein. Auch wird euer Verdienst ein höheres und die Befriedigung sowie der Stolz des Vereins über die ausgeführte Arbeit eine mehr gerechtfertigte sein.

Für den Verbandsvorstand.
B. Ch.

Aus Nr. 179 des Dziennik Kujawski (Hohenstaßa)
vom 6. August 1905:

Zu dem polizeilichen Verbote betreffend die Veranstaltung eines öffentlichen Sokółfestes in Strelno bemerkt der Dziennik Kujawski:

Unsere Polinnen haben nicht so viele Rechte in Preußen wie die deutschen Frauen, denn diesen ver-

bietet die Polizei nicht, an den Festlichkeiten der deutschen Turner teilzunehmen, an den Festlichkeiten, bei denen neben den Leibesübungen gleichzeitig ihre Herzen mit Haß erfüllt werden gegen alles, was unser, was polnisch ist.

Polinnen! Denket daran und traget nicht unnötig euer Geld zu den Fremden, welche euch das Recht nehmen, sich im Kreise polnischer Turner zu vergnügen. Seid fleißig wie die Bienen, welche den mühsam gesammelten Honig ihrem Stöcke zutragen, die ihn nicht sammeln, um damit die Drohnen zu nähren.

Wir erwarten von dem männlichen Publikum in Strelno und Umgegend, daß es die edlen Bestrebungen unserer Sokółs, welche die preußische Regierung so mit Unrecht verfolgt, unterstützen wird. Den verfolgten polnischen Sokółs reicht das Mitgefühl unserer Gesamtheit nicht aus, es gebühret sich vielmehr, ihnen in polnisch-bürgerlicher Weise beizustehen, denn Mitgefühl kann man nur für Kranke haben, für gesunde und brave Sokółs aber ist tätige Hilfe der Landsleute notwendig.

Aus Nr. 178 des Postep (Posen)

vom 6. August 1905:

Verteidigen wir unsern Namen.

Schon wieder haben wir einen Fall zu vermerken, daß man auf dem hiesigen Standesamt den Namen eines Kindes nicht mit „ska“, sondern nur mit „ski“ eintragen wollte. Dies geschah am Mittwoch. Die Hebamme Szwamberska meldete die Geburt eines Mädchens Goscin ska. Der Standesbeamte trug jedoch nicht so ein, wie es ihm gesagt wurde, sondern Goscin ski. Frau Szwamberska wollte das Protokoll nicht unterzeichnen und es kam hierbei zu einem heftigen Meinungswechsel, wobei sie sich darauf berief, daß die Mutter sich doch „Goscin ska“ schreibe. Aber dies half alles nichts, der Beamte sagte, so hätte man früher geschrieben, aber jetzt schreibe man sich nicht mehr so. Bei dieser Gelegenheit lenken wir die Aufmerksamkeit darauf, daß die Väter neugeborener Kinder, hauptsächlich der Mädchen, nicht die Hebammen mit der Anmeldung der Kinder bei den Standesämtern beauftragen, da bei den heutigen Verhältnissen die Kinder dort nicht so eingetragen werden, wie ihre Namen in Wirklichkeit lauten.

Selten hat eine Hebamme den Mut, die korrekte Eintragung des Namens zu verlangen und die Namen werden dann falsch eingetragen.

Es entstehen daraus später den Kindern die verschiedenartigsten Unannehmlichkeiten und sogar Verluste, und was das schlimmste ist, die Kinder können sich nachher nicht polnisch unterschreiben. Welch' schwere Verantwortung nehmen die Eltern auf sich, wenn sie dieser ihnen auferlegten heiligen Verpflichtung nicht nachkommen. Da wir in einem Ausnahmezustand leben, sind wir auch verpflichtet, auf jede, auch die kleinste Einzelheit zu achten, die unser nationales Leben anbetrifft und die Schreibweise der Namen ist erst recht keine Kleinigkeit, sondern in den heutigen Zeiten eine Sache von allerhöchster Bedeutung für jeden Polen und jede Polin, da man darauf ausgeht, unsre Namen und Vornamen zu ändern und so zu verstümmeln, daß sie unserm gesunden Sprachgefühl widersprechen, ganz abgesehen übrigens von der grammatikalisch verstümmelten Schreibart.

Möge jeder Vater, sobald ihm ein Kind geboren wird, eine Stunde Zeit finden, um selbst zur Eintragung zu gehen und möchte er selbstverständlich gut darauf achten, wie Name und Vorname im Protokoll

eingetragen sind, und wenn man sich nach seiner Forderung nicht richtet, möge er den Standesamtsakt nicht unterschreiben. Dafür kann niemandem etwas geschehen, denn es ist keinem gestattet, einen Namen zu fälschen, nicht einmal dem Standesbeamten. Dieses muß man, wenn auch ohne jede Erregung, entschieden fordern. Auf die Hebammen oder andere Personen kann man sich in solch wichtigen Fällen nicht verlassen.

Sicherlich sind schon tausende und abertausende von weiblichen Namen infolge Unachtsamkeit falsch eingetragen worden. Namentlich die Väter aus dem Arbeiterstande, die nicht dreist und nicht geübt im Schreiben sind, sorgen hierfür nicht, ferner besonders diejenigen, die keine Zeitungen lesen und sich wenig um ihre Rationalität kümmern. Die Kenntnis über die richtige Schreibart der Namen und Vornamen neugeborener polnischer Kinder zu verbreiten, gehört heutzutage zu den wichtigsten nationalen Pflichten.

Möge jeder Leser und jede Leserin eines polnischen Blattes daran denken, damit die Kinder nicht später ihre Eltern dafür verwünschen, wenn ihnen daraus verschiedenartige Enttäuschungen, Verluste und Unannehmlichkeiten entstehen. Die Frauen mögen ihre Ehemänner darauf aufmerksam machen, an die richtige Schreibweise der Namen zu denken. Ja, wir erlauben uns sogar einen etwas wunderlichen und möglicherweise ein wenig lächerlichen Vorschlag zu machen, aber das nützt nichts, für eine gute Sache muß man alles tun, selbst wenn es lächerlich aussieht. Wenn wir also sehen, daß eine uns bekannte junge Frau, besonders aus dem ärmeren Stande, der Niederkunft nahe ist, dann erinnern wir sie rechtzeitig daran, daß bei Geburt des Kindes der Vater daran denken muß, selbst auf dem Standesamt auf die richtige Schreibweise des Namens und Vornamens zu achten. Zurzeit der Geburt ist es manchmal schon zu spät, denn in seiner Unkenntnis achtet der Vater nicht hierauf. Wir müssen eine ebenso große und wenn möglich noch größere Agitation wie bei den Wahlen entwickeln, damit diese Agitation bis in die äußersten Winkel dringt.

Das kostet uns höchstens ein gutes Wort.

Verbreiten wir die Kenntnis hiervon auf Schritt und Tritt, dann werden an unserm festen polnischen Charakter die Bestrebungen der Feinde, unsre schönen polnischen Namen und Vornamen zu verdrehen, zersplittern. Verteidigen wir überall und immer unsre nationalen Eigentümlichkeiten, die, nach dem Ausspruch des deutschen Herrschers während seines Aufenthalts in Posen, nicht verletzt werden sollen, aber wenn es doch anders kommt, können wir uns damit nicht einverstanden erklären.

Weil solche Fälle von falscher Namenseintragung täglich vorkommen, müssen wir ganz besondere Aufmerksamkeit und Wachsamkeit hierauf verwenden. Anstatt daß wir uns untereinander über irgend welche Klatschereien unterhalten, laßt uns lieber über die Zurücksetzung der Nation plaudern und namentlich jedem ans Herz legen, daß er ein Kind, das ihm geboren wird, korrekt in das standesamtliche Register eintragen lassen soll.

Aus Nr. 181 des Postep (Posen)

vom 10. August 1905:

P i n n e.

Zu welchen Verhältnissen es bei uns schon kommt, dafür ist nachstehendes Vorkommnis ein Beweis. Fräulein Marie Dorkiewicz hat Ohrringe mit polnischen Adlern. Dieser Tage stand sie in der Tür eines

Hauses. Da geht ein Polizist vorüber, sieht auf Fräulein D., wendet sich mit zornigem Gesicht an sie und befiehlt der Dame, die Ohrringe sofort herauszunehmen, sonst werde ihr etwas Unangenehmes passieren, — wohl eine Gefängnisstrafe. Doch Fräulein D. ließ sich durch diesen Befehl keineswegs erschrecken. Sie maß den Polizisten nur mit ironischen Blicken und gab ihm eine kurze, aber gehaltvolle Abfertigung, sodaß er mit langer Nase abzog. Heut sind schon die Ohrringe unsrer polnischen Damen im Wege, doch braucht man nichts zu fürchten. Soweit kann doch die persönliche Freiheit in einem Verfassungsstaat nicht eingeschränkt werden.

Aus Nr. 178 der Gazeta Polska (Posen)

vom 8. August 1905:

Im Anschluß an eine Berichtigung der Oberpostdirektion Posen bemerkt die Gazeta Polska nachstehendes:

Wir veröffentlichen diese Berichtigung aus zweierlei Gründen. Vor allem sehen wir in der Berichtigung den guten Willen der Post, selbst das polnische Publikum gehörig zu bedienen. Was aber noch wichtiger ist, ist der Umstand, daß aus dem obigen Schreiben erhellt, daß die Post mit dem Umtauschen der polnischen Ortsnamen in Deutsche, was ihr von seiten der polnischen Presse die schweren Vorwürfe: Germanisierung oder Abneigung gegen das polnische Publikum einbringt, nicht sehr zufrieden ist. Fernerhin erhält die Berichtigung die tatsächliche Wahrheit, d. h. daß es sich hier um ein Telegramm vom 13. Juni handelt, welches für „Elsenheim“ und nicht für „Elsenau“ bestimmt war, welches gar nicht existiert. Unser ganze Irrtum kommt also daher, daß wir dem Ortsnamen eine andere deutsche Endsilbe angehängt haben, obwohl wir schließlich denselben Ort im Sinne hatten wie die Post.

Die Tatsache der Übersendung obiger Berichtigung der Post muß schon deshalb notiert werden, weil solches sehr selten geschieht.

Aus Nr. 175 des Wielkopolanin (Posen)

vom 3. August 1905:

Aus Zilehne

erhalten wir eine längere Korrespondenz als Beantwortung der Ausführungen des Propstes Kircht. Leider drückt sich der Korrespondent nicht deutlich genug aus, deshalb können wir auch nur einzelne klare Darlegungen wiedergeben.

Der Korrespondent behauptet, daß die Statistik aus dem Jahre 1897, nach welcher in Zilehne 1488 Deutschkatholiken waren, nicht maßgebend sein kann, da sich die Verhältnisse von diesem Zeitpunkt an zu Gunsten der polnischen Katholiken geändert haben.

Der Korrespondent ist der Meinung, daß es augenblicklich bedeutend weniger Deutschkatholiken gibt, denn als Propst Kircht „Großer Gott“ anstimmte, fand das Lied nur geringe Unterstützung, während das polnische Lied laut erschallte.

Solch' einer Meinung ist der Korrespondent.

Wir können uns mit dieser Meinung nicht einverstanden erklären. Auf eine solche Tatsache können wir nicht den Beweis stützen, daß gegenwärtig weniger Deutschkatholiken vorhanden sind. Diese Tatsache beweist nur, daß zur angegebenen Zeit wenig Deutschkatholiken in der Kirche waren. Wir bitten um genaue zahlenmäßige Angaben.

Natürlicher ist die nachfolgende Anfrage, die der Korrespondent an den Propst Kircht gestellt hat:

„Barum wollte Propst Kircht, da zur ersten heiligen Kommunion 49 deutsche und 87 polnische Kinder gingen, alle Kinder zugleich zur Kirche führen und dies unter deutschem Gesang?“

Der Herr Propst tat dies freilich nicht, denn als die polnischen Eltern von dieser Absicht erfuhren, waren sie sehr aufgebracht. Soll dies vielleicht beweisen, daß Propst Kircht sich an den Grundsatz der Gleichberechtigung beider Teile hält?

Weiter schreibt der Korrespondent: Auch jetzt, obgleich eine deutsche Predigt nicht an der Reihe war, wurde mit dem Willen des Propstes angefangen, daß der Gesang beim Vespergottesdienst deutsch sein wird.

Der Korrespondent schließt mit folgenden Worten:

Mag Herr Propst Kircht nicht glauben, daß wir nicht zu beurteilen verstehen, wie er gesonnen ist, mag er aber auch nicht erwarten, daß wir uns germanisieren lassen.

Gegen alle Versuche, uns zu germanisieren, mögen sie ausgehen von wem sie wollen, werden wir uns verteidigen, und zwar werden wir uns solange verteidigen, bis diese Versuche aufhören.

Einer für Alle.

Im Namen der Unparteilichkeit bringen wir obige Korrespondenz, da wir dem Propst Kircht nicht die Gelegenheit nehmen wollen, die Sache aufzuklären.

Aus Nr. 177 des Lech (Gnesen)

vom 4. August 1905:

Die geistliche Behörde und der Religionsunterricht.

Die russische Zeitung *Nasza Zizn* teilt mit, daß der Metropolitan Erzbischof Graf Szembek an die Religionslehrer in den Gouvernements Minsk und Mohylew ein Rundschreiben erlassen hat, mit dem Auftrage, beim Religionsunterricht und bei der Ablegung der Examina sofort ausschließlich die Muttersprache der Schüler anzuwenden.

So verfuhr der Erzbischof Graf Szembek unter der russischen Herrschaft. Er zog lediglich die Konsequenzen aus dem bekannten Ukas des Zaren.

Und wie ist es bei uns? In Posen und den Vorstädten erteilt man seit einigen Jahren in den Schulen den Religionsunterricht in deutscher Sprache. Als die Zeitungen vollkommen sachgemäß die geistlichen Behörden daran erinnerten, daß es ihre Pflicht sei, sich darum zu kümmern, daß die polnisch-katholischen Kinder durch den Religionsunterricht in einer fremden Sprache nicht in Gefahr kämen, im Glauben abzustumpfen, da wurde das Gerücht ausposaunt, daß etwas in dieser Angelegenheit geschehen sei. Indessen bestritt Minister Studt in der denkwürdigen Sitzung des Abgeordnetenhauses entschieden, daß in Berlin ein Protest eingegangen wäre.

Gegenwärtig wird uns wieder von allen Seiten berichtet, daß die Lehrer unter dem Druck der Inspektoren, oder aus großem patriotischen Eifer, den deutschen Religionsunterricht einführen. Es wird über kurz oder lang keine Schule mehr geben, in der noch das polnische Kind die überaus erhabenen Wahrheiten des heiligen Glaubens in polnischer Sprache lernen wird, der einzigen, in der es sie versteht und in der sie zu seinem Herzen sprechen. Und doch soll nach dem Gesetz der Religionsunterricht in allen Klassen polnisch erteilt werden.

Was sagt hierzu die geistliche Behörde, die doch amtlich die Verpflichtung hat, auf die Beobachtung

dieser Vorschrift eifrig zu achten. Denn ihre Aufgabe ist nicht die Beobachtung der Zeremonien bei den verschiedenen Audienzen usw., sondern die Sorge für das Heil der ihnen anvertrauten Seelen. Hier aber unterliegt es keinem Zweifel, daß das Seelenheil einer Gefahr ausgesetzt ist.

Hier helfen keine Proteste der Eltern, die wir dessenungeachtet der Regierung schlechterdings einzusenden raten. Der einzige berufene Faktor ist hier die geistliche Behörde und die Proteste der Eltern dienen ihr nur als Unterlage, auf die sie sich stützen kann.

Am allerwenigsten denken wir daran, der geistlichen Behörde Vorschriften zu machen, aber wir erhalten Briefe von Geistlichen und von katholischen Vätern, in denen stets die Frage wiederkehrt: „Weiß die geistliche Behörde hiervon nichts und wird sie immer schweigen?“ Deswegen sind wir verpflichtet, diese Angelegenheit klar zu stellen, wenn dies auch nicht allen gefallen sollte. — Das polnisch-katholische Volk wartet auf Antwort.

Aus Nr. 180 des Lech (Gnesen)

vom 8. August 1905:

Aus Chwalkowo wird uns geschrieben: der Kommissarius kam hierher und lud etliche Kinder vor sich, die er ausfragte, ob unser Propst in Lubowo ihnen polnische Zeitungen oder Bücher usw. gebe. Eins der vorgeladenen Kinder, Joseph Buluk, gab zur Antwort, daß die Zeitungen vom Briefträger ausgetragen würden, nicht aber vom Propste.

Aus Nr. 179 des Lech (Gnesen)

vom 6. August 1905:

Przyborowo-Gld., im August 1905.

Unsere Schule ist gegenwärtig ohne Lehrer. Herrn Klein hat die Schulbehörde im Juni versetzt, die Kinder werden von den Lehrern der benachbarten Ortschaften Weissenburg, Wieczyce und Rakowo unterrichtet. Herr Klein war den Lesern des Lech bekannt, denn der Lech hatte seinerzeit über ihn geschrieben, insbesondere, daß die katholischen Kinder in der Schule lutherische „Sprecher“ herfagen und lutherische Choräle singen müssen. Während des evangelischen Religionsunterrichtes waren die katholischen Kinder in der Schule.

Herr Klein hat kurz vor seinem Abgange noch ein liebes Andenken an sich hinterlassen. Im März oder im April hatte er die Schülerin Sophie Marciniak dermaßen geschlagen, daß ihr das Blut aus der Nase rann. Herr Klein nahm das Mädchen in seine Wohnung, seine Schwester wusch es und säuberte ihm das Taschentuch vom Blute. Kann sich denn die preußische Pädagogik in der Tat nicht ohne Blutvergießen — aus der Nase — behelfen?

Herr Witte, der Besitzer von Przyborowo und Mitglied des Schulvorstandes unserer Simultanschule, nahm seinerzeit, als der Lech über Herrn Klein schrieb, in seinem an das Pos. Tgbl. gerichteten Artikel den Lehrer in Schutz. Er behauptete, Herr Klein kenne ganz genau „die Verfügungen der Königlichen Regierung“ über den Religionsunterricht. Wir fragen nun Herrn Witte, ob Herr Klein auch „die Verfügungen“ über das Strafen der Kinder kennt?

Die Leute erzählen sich, Herr Klein sei von Przyborowo abgegangen, weil ihm das Gehalt zu klein gewesen sei.

Wir wünschen dem Herrn Klein auf der neuen Stelle — es soll in Bromberg sein — größeres Gehalt, größeren Erfolg usw.

Unsere Schule wurde im Winter von 28 katholischen und 12 evangelischen Kindern besucht. Der Vech fragte seinerzeit, ob unsere evangelische Schule auch in eine Simultanschule umgewandelt werden würde, wie das mit der Schule in Chwalkowo (Weissenburg) geschehen ist, welche von 6 lutherischen und 70 katholischen Kindern besucht wird. Herr Witte, Mitglied des Schulvorstandes unserer Schule, schrieb darauf hin an das Pos. Tgbl., daß die Schule schon lange simultan sei und daß die katholischen Kinder nur Hüte- und Arbeitskinder seien, deren Zahl sich nach Ostern verringern werde. Wir können nunmehr Herrn Witte sagen, daß sich seine Prophezeiung nicht erfüllt hat, denn gegenwärtig wird die Schule von 38 katholischen und 13 lutherischen Kindern besucht — es sind somit 10 katholische Kinder hinzugekommen. Die Zahl der katholischen Kinder ist dreimal so groß als die der evangelischen.

Weil unsere Schule paritätisch oder simultan ist — wir nehmen an, daß Herr Witte als Schulvorstandesmitglied den Charakter der Schule kennt und die Wahrheit geschrieben hat — weil die Katholiken und Protestanten in solchen Schulen gleichberechtigt sind, müßte jetzt ein katholischer Lehrer an unserer Schule angestellt werden. Wir bitten die Königliche Regierung in Bromberg:

1. daß sie unserem Propst die Lokalschulinspektion übertragen möchte, denn bis jetzt war der Pastor aus Schwarzenau Ortschulinspektor,
2. daß sie uns einen katholischen Lehrer herschicke,
3. daß sie aus dem Schulklokale das Bildnis Martin Luthers entfernen lasse und daß sie in der Schule das Bildnis des Papstes Pius X. und das der Mutter Gottes anbringen lasse,
4. daß sie verfügen möchte, daß der Religionsunterricht in der ersten Stunde, nicht nachmittags, erteilt werde.

Wenn wir für unsere 38 Kinder keinen katholischen Lehrer bekommen, dann werden wir wissen, was in Preußen Gleichberechtigung heißt und was die paritätischen Schulen in der Praxis sind — nämlich nichts weiter als lutherische Schulen, wo es den Katholiken gestattet ist: „Steuern zu zahlen und das Maul zu halten“

Wir hoffen, daß in unserer Gegend jetzt Ruhe eintreten wird.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 92 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 3. August 1905:

Aus Anlaß der Monarchenzusammenkunft

ist uns nachstehender Artikel zugesandt worden, der es verdient, veröffentlicht zu werden. Er lautet:

Der deutsche Kaiser ist, wie bekannt, nicht weit von Kronstadt mit dem russischen Zaren zusammengetroffen. Von diesem Zusammentreffen wurde erst einige Tage vorher geschrieben, und bis zum letzten Augenblicke glaubte man garnicht daran, daß ein solches Zusammentreffen zustande kommen werde; darum war es auch für viele eine Überraschung. Und wer die Reisen des Kaisers in diesem Jahre aufmerksam verfolgt hat, wer gesehen hat, wie er die Mittelmeerreise gemacht und Marokko berührt hat, um

dort Frankreich eine Niederlage zu bereiten, der wird sich auch gewiß gesagt haben, daß Kaiser Wilhelm jetzt die Reisen in den schwedischen und russischen Gewässern nicht ohne Ursache unternommen hat. Der Kaiser unternimmt zwar jedes Jahr eine Reise nach Norden, aber für gewöhnlich nach den norwegischen Gewässern. In diesem Jahre soll der schwedische König gebeten haben, der Kaiser möge mit Rücksicht auf die Vorgänge in Norwegen seine gewöhnliche Reise nach Norwegen aufgeben; wir glauben indessen nicht sehr an diese Kunde, sondern wir nehmen im Gegenteil an, daß der Kaiser nicht ohne persönlichen Grund seine Reise nach Rußland gerichtet hat. Uns scheint es, dem Kaiser sei es daran gelegen gewesen, Frankreich eine zweite Niederlage zu bereiten und die ratlose russische Regierung, die nicht weiß, was sie machen soll, auf seine Seite zu ziehen, und umsomehr, als in den letzten Zeiten in der Welt die Nachricht umgelaufen ist, daß Rußland — was wir ihm schon vor einem halben Jahre geraten haben — mit Japan nicht nur Frieden, sondern sogar ein Bündnis schließen soll, so, daß es schließlich zu einem Vierbunde zwischen Rußland, Frankreich, Japan und England käme, der für die Deutschen unvorteilhaft und bedrohlich wäre.

Wir sind überzeugt, daß der Gedanke der Kaiserzusammenkunft von deutscher Seite ausgegangen ist und daß er höchstwahrscheinlich im Kopfe des Kaisers selbst entstanden ist. Die ganze Welt hat davon nichts gewußt, weil der Kaiser sich mit dem Zaren direkt durch geheime Abgesandte verständigt hat. Und übrigens ist auch deshalb von der projektierten Kaiserzusammenkunft geschrieben worden, weil man auf deutscher Seite nicht gewußt hat, ob der russische Zar damit einverstanden sein wird. Deshalb hat man auch in Petersburg bis zum letzten Augenblicke bestritten, daß sich der Zar mit Kaiser Wilhelm treffen wird.

Schließlich ist diese Zusammenkunft doch zustande gekommen! Das deutsche Blatt „Die Zeit“ schreibt, daß diese Zusammenkunft und die Ratschläge, die Kaiser Wilhelm dem Zaren hat erteilen können, Rußland nicht zum Vorteile gereichen werden. Die Zeit befürchtet, daß diese Ratschläge den Zaren in dem Widerstande, dem russischen Volke eine größere Freiheit zu geben, festigen werden.

Kaiser Wilhelm soll nämlich ein großer Anhänger der Selbstherrschaft und kein großer Freund der großen konstitutionellen Freiheiten sein.

Was uns Polen anlangt, so können wir nur mit geringer Befriedigung auf diese Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren sehen, denn unter dem Moskowiter wohnen Millionen unserer Brüder. Und wenn diese Zusammenkunft zum Schaden des ganzen russischen Reiches gereichen soll, so werden auch unsere Brüder nicht wenig darunter zu leiden haben.

Ferner haben wir zu allen Zeiten, wenn die preußischen Könige und die russischen Zaren ein so herzliches Zusammentreffen gehabt haben und in so guter Eintracht gewesen waren, gesehen, daß wir Polen die Kosten solcher Zusammenkünfte und solcher Eintracht getragen haben. Das bedeutet, daß sowohl unter dem Moskowiter als unter dem Preußen, während ihrer gemeinsamen Eintracht, neue schwere Schläge auf uns herniedergefallen sind.

Gebe es Gott, daß es diesmal nicht so wäre! Die nächste Zukunft wird es uns ja zeigen.

Aus Nr. 92 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 3. August 1905:

Mitteilungen aus Zoppot.

Es sind weiter eingetroffen:

Baclaw, Soter und Helene Kwiecinski aus Warschau,
Miedzwiecki aus Warschau,
Koszwadowski aus Lemberg,
Kaminska aus Warschau,
Marie Zech aus Wloclawek,
Dobrowolska aus Warschau.

Aus Nr. 92 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 3. August 1905:

Tuchel.

Den geehrten Lesern der Gazeta Grudziadzka mache ich die erfreuliche Mitteilung, daß unser Landsmann Herr Josef Polom von einem Deutschen ein Haus für 26 000 Mk. gekauft hat, das er bisher von ihm gepachtet hatte. Es ist das in kurzer Zeit das dritte Haus, das er aus fremden Händen gekauft hat. Darum verdient auch Herr Polom als eifriger Pole jedwede Unterstützung von Seiten der Landsleute.

Aus Nr. 92 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 3. August 1905:

Kulm.

In diesen Tagen hat Herr Franz Mackiewicz aus Kulm ein am belebtesten Teile des Marktes belegenes Haus von Frau Kirstein für 62 000 Mk. gekauft. Die Auflösung soll schon erfolgt sein. Ein „Glückauf“ dem Herrn Mackiewicz, denn er hat dieses Haus von einer Andersgläubigen gekauft.

Aus Nr. 93 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 5. August 1905:

Pielplin.

Hier ist ein für uns Polen erfreuliches Gerücht im Umlauf. Ein Herr Swiniarski soll eins der größten Vorwerke unserer Gegend, Janiszewo, käuflich erworben haben. Dieses Gut hat sich, so lange wir denken können, immer in deutschen Händen befunden. Nähere Einzelheiten werden wir, sobald sie uns bekannt werden, in den nächsten Nummern bringen.

Aus Nr. 93 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 5. August 1905:

Aus Grunau, Kreis Marienwerder

wird uns mitgeteilt, daß dort drei gute, den Herren Peters, Dirksen und den Gebrüdern Grunau gehörende Wirtschaften zum Verkauf stehen. Es ist Weizen- und Rübenboden. Vielleicht möchte sich jemand von den Landsleuten melden und diesen Grund und Boden aus den Händen der Andersgläubigen auskaufen. Meldungen nimmt die Redaktion der Gazeta Grudziadzka entgegen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 93 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)

vom 10. August 1905:

Aufruf an die Wähler im Bezirk Oppeln.

Geehrte polnische Wähler des Kreises Oppeln!

Infolge Hinscheidens des Abgeordneten Bogt wird Donnerstag, den 24. August, die Ersatzwahl für den Landtag stattfinden. An die Stelle des Verstorbenen haben wir einen neuen Abgeordneten zu wählen.

Unser Kandidat ist
der hochwürdige Herr Pfarrer Abramski
aus Oppeln.

Möge niemand sagen: Ohne mich wird sich die Wahl begeben; wozu werde ich mir Sorgen machen! Möge niemand sagen: Ich wollte lieber diesen oder jenen Abgeordneten! In einem solchen Falle wäre nämlich niemals Einheit und Eintracht unter uns. Stets finden sich Einige oder Duzende, die eine abweichende Meinung vertreten. Gegenwärtig darf nur der Umstand in Betracht gezogen werden, daß man sich in unserem Komitee, in welches wir wiederholt durch die Gazeta Opolska alle Wahlmänner eingeladen haben, und dessen Mitglieder auch der größte Teil der Wahlmänner sind, einstimmig für die Kandidatur des Herrn Pfarrers erklärt hat.

Wir sind nicht leichtfertig ans Werk gegangen; wir haben die politische Lage unseres Wahlbezirks eingehend geprüft, und wir sind in unserem Gewissen davon überzeugt, daß wir alles getan, was nur im Interesse des polnischen Volkes bei der gegenwärtigen Ersatzwahl in den Landtag getan werden konnte.

Bedenket, geehrte Wähler, in welcher unangenehmer Lage wir uns wieder befinden würden, wenn der bekannte Mißmach die Oberhand über uns gewönne, wie bei der letzten Wahl, wenn nicht einerseits auf Bemühen der Geistlichkeit mit dem Herrn Pfarrer Abramski an der Spitze, und andererseits auf unser Bemühen eine Verständigung erzielt worden wäre, die dem Volke den Wahlsieg ermöglicht.

Und doch ist es euch bekannt, daß die Lage trotz dieser Verständigung überaus schwierig ist. Die Oppelner Nachrichten, ein Blatt, das als Organ des Zentrums gelten will, und alle hakatistischen Blätter bieten alle ihre Kräfte auf, und sie werden sie bis zu Ende aufbieten, um einen Teil der Deutschkatholiken zu verwirren; Liberale, Konservative, mit einem Worte alle Gegner des polnischen Volkes haben sich vereinigt und führen bei der Landtagswahl den Kampf mit dem polnischen Volke.

Weil unser Kandidat dem Volke gefällt, darum gefällt er ihnen nicht. Das ist etwas Altes. Immer soll der Kampf mit dem polnischen Volke toben, das nie zum Worte kommen soll.

Geehrte Wähler! Vernünftige und gerechte Katholiken im Zentrumslager heißen einen solchen nichtswürdigen Kampf mit dem polnischen Volke nicht gut, und sie werden mit uns zusammen nicht für den Zentrums-kandidaten stimmen, welchen der konfessionelle Mißmach aufzustellen beabsichtigt, sondern für den Kandidaten, welcher dem Zentrum beitreten soll und der auf Grund der Verständigung mit dem polnischen und katholischen Volke aufgestellt wurde.

Laßt uns vor allem selbst in dieser Lage vernünftig sein, und laßt uns, ohne auf die Verwirrungen zu achten, die man hier und da hervorzurufen bemüht war, als besonnene Männer unsere Bürgerpflicht erfüllen, die wir weder durch Wahlenthaltung vernachlässigen, noch durch Stimmabgabe für den Gegner verraten dürfen.

Bei der Wahl in Oppeln am 24. August wird es auf jeden Wahlmann ankommen. Geehrte Wähler, achtet also darauf, daß jeder Wahlmann als gewissenhafter Bürger am Tage der Wahl in den Kampf trete. Wenn wir alle unsere Wahlpflicht erfüllen werden, wird der Sieg unser sein.

Im Namen Gottes für unsere nicht verjährten Rechte, für die Kirche und den heiligen Glauben, für das verfolgte polnische Volk!

Mit brüderlichem Gruß: Gelobt sei Jesus Christus!

Oppeln, im August 1905.

Das Wahlkomitee des polnischen Volkes für den Wahlbezirk Oppeln.

Aus Nr. 62 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 4. August 1905:

Erklärung.

Die Oppelner Nachrichten beschuldigen mich unaufhörlich, ich hätte i. Zt. Zeugen geworben und nach Beuthen gesandt, damit sie in dem bekannten Beuthener Prozesse Zeugnis ablegten gegen die Geistlichen, die bei der Beichte das Lesen der Gazeta Opolska verboten hätten.

Ich erkläre, daß ich Zeugen weder geworben noch hingesandt habe. Die beteiligten Personen hatten sich selbst um Zeugen bemüht. Für den Fall, daß die Oppelner Nachrichten bei der gegenwärtigen Wahl mit diesem Vorwurf weiter gegen mich operieren sollten, was wegen des Charakters dieses Blattes sehr wahrscheinlich ist, stelle ich von vornherein fest, daß dieser Vorwurf eine gemeine Lüge ist.

Oppeln, den 3. August 1905.

B. Korajewski.

Aus Nr. 45 des Polak (Kattowitz)

vom 8. August 1905:

Sie vor hundert Jahren, wir heut.

Vor einem Jahrhundert erglänzte am politischen Firmament Europas der Stern Napoleons des Großen. Er war dem Geist und Willen nach ein so mächtiger Herrscher, daß er zu seinen Füßen alle Machthaber Europas niederstreckte. Mit einem Fußtritt zertrümmerte er den Staat der heut so hochmütigen Preußen.

Verzweiflung ergriff die Lenker des damaligen preussischen Staatsschiffs. Vergeblich schauten sie um sich, nirgends sahen sie Rettung.

Endlich blickten sie nach unten, gewahrten dort die graue Masse des Volkes und streckten zu ihr die Hände nach Rettung aus, ihr als Gegenleistung Freiheit und Gleichberechtigung versprechend. Damals erstanden Männer, welche an dem Volke zu arbeiten begannen, es aufklärten, zur Arbeit und Bildung ermunterten im Vertrauen auf das königliche Wort, daß sie Bürger des Staates heranzubilden werden. Wir wissen es wohl, daß der König die gegebenen Versprechungen nicht einlöste, als der fremde Eindringling besiegt auf der Insel Helena saß, als ihm, dem Könige, keine Gefahr mehr drohte.

Allein dieser Abschnitt in Preußens Geschichte nach dem Fall des Staates bis zur Vertreibung Napoleons muß in jedem Menschen Bewunderung erwecken. Wir bewundern nicht den damaligen preussischen König, denn er war ein kleiner und schwacher Mann, der seiner Aufgabe nicht gewachsen war, denn er war ein Mensch, der die gegebenen Versprechungen nicht erfüllte, der nach Wiedererlangung der früheren Herrschaft und Macht diejenigen bedrückte, die ihn mit Aufopferung ihres Blutes und ihrer Habe gerettet haben.

Dagegen bewundern wir jene Männer, die, den königlichen Worten vertrauend, Kraft und Leben für das Volk hingaben, um es zu Bürgern des Staates zu erziehen. Der von diesen Männern und Patrioten ausgestreute Same ging zwar auf, verdorrte aber später, und heut hält es fürwahr schwer, unter den Preußen jene freien Staatsbürger zu finden. Der Preuze hat sich zu lange in der staatlich-polizeilichen Schule gebildet, als daß er dieses große Wort „Freiheit“ zu verstehen und zu lieben vermöchte. Der Inhalt seiner Träume waren und werden stets sein Pickelhauben, glänzende Uniformen und Mäntel. Wenn jene großen Männer, die vor einem Jahrhundert die Seele des Preußen umgestalten und veredeln wollten, heut aus dem Grabe erstünden, würden sie sich von den heutigen Preußen, die nicht Bürger, sondern Untertanen sind, traurig abwenden und ob ihrer vergeblichen Bemühungen bittere Tränen vergießen.

Was nützen ihre Bestrebungen um die Bildung von Verbänden zur Aufklärung und Veredelung des Volkes, von Verbänden zu körperlichen Übungen, die einen gesunden Sitz für einen freien Geist im gesunden Körper schaffen sollten?

Was nützen ihre Opfer, das Blutvergießen, die schweren Gefängnisstrafen, die langjährige Verbannung, die sie von den fremden Eindringlingen erduldeten!

Alles war vergeblich. Es gibt heute keine freien preussischen Bürger, es gibt bloß Untertanen.

Die kurze Gemütswallung, die kurze Begeisterung, welche sie erweckt hatten, verschwanden wie ein Strohfeuer, und die heutigen Preußen hassen alle freiheitsliebenden Menschen. Sie hassen uns Polen, denn wir kämpften stets für die Freiheit, denn wir streben stets nach Freiheit.

Früher zogen unsere Väter mit der Waffe in der Hand gegen den Feind, heut haben wir uns überzeugt, daß uns die bewaffnete Verteidigung, anstatt Freiheit zu gewähren, die von den Feinden angelegten Fesseln nur enger schloß.

Wir haben es verstanden, daß wir in der Arbeit, Aufklärung und Opferwilligkeit eine hundertfach erfolgreichere Waffe besitzen, als Karabiner und Kanonen sind, daß wir uns, mit dieser Waffe kämpfend, in unseren Ländern behaupten, unsere nationale Existenz erhalten und in Europa eine große Nation bleiben werden, welche noch einmal diejenige Stellung in Europa einnehmen wird, die ihr eigentlich gebührt.

Diese neue Kampfesart hat beinahe die ganze Nation erkannt, mit Ausnahme der unerfahrenen roten Internationalen, die sich von fremden Einflüssen leiten lassen, das kostbare Blut des polnischen Volkes vergießen, uns die Waffen stumpf machen, die wir uns geschmiedet, und unsere Habe, die Errungenschaft unserer Arbeit, vernichten.

Die Wirkung unserer neuen Waffe und der neuen Kampfesart haben auch die Preußen erkannt. Haben doch unlängst die preussischen Junker, der Kern des ganzen Preußentums, im Herrenhause bedauert, daß die Polen so arbeitsam, sparsam, so nüchtern und opferwillig seien.

Was wunder also, wenn diese preussischen Feinde der Freiheit Anstrengungen machen, uns diese neue Waffe zu entreißen, sie in kleine Stücke zu zerbrechen, um uns zu ihren Sklaven zu machen und unseren polnischen Herzen den preussischen Geist der Knechtschaft einzuprägen.

Was wunder also, wenn sie den Sokol verfolgen, der im gesunden Körper einen gesunden Geist schaffen will! Was wunder, wenn sie unseren Abstinenzlern nachsetzen, welche lehren, daß nur ein tugendhaftes Leben Freiheit, „eleuteria“, gewährt. Was wunder, wenn sie unsere Organisationen vernichten, die den

Arbeiter aus der Not befreien, in ihm Achtung für seinen Beruf wachrufen, ihm Bildung und Kultur schenken wollen! Was wunder, daß sie polnischen Büchern, Liedern und Bildern nachstellen, welche unsere Herzen veredeln sollen.

So handeln sie, denn sie sind Feinde der Freiheit, wir dagegen deren Verfechter, denn sie wollen diesen preußischen Geist der Knechtschaft überall ausbreiten, wohin ihr Einfluß reicht, wir aber stehen ihnen im Wege.

Sie führen mit einer materiellen Waffe Krieg, wir weisen ihre Angriffe mit geistigen Waffen zurück, denn der Freiheitsgedanke, der national-polnische Gedanke ist die Seele jeder unserer Taten.

Noch nie in der Welt aber hat die brutale Materie den Geist besiegt.

Und so wird uns auch das Preußentum nicht niederringen, sondern wir werden mit Gottes Hilfe aus diesem schweren Kampfe als Sieger hervorgehen.

Aus Nr. 177 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 4. August 1905:

Wohin soll das führen.

Nach Mitteilungen deutscher Blätter hat der Minister des Innern an die Regierungspräsidenten der einzelnen Provinzen eine Verordnung erlassen, auf Grund deren polnische Arbeiter aus dem Königreich Polen und aus Galizien in deutschen industriellen Anlagen nicht beschäftigt werden dürfen.

Die Verfolgung der Polen kennt keine Grenzen mehr. Nicht nur die vom Hafatismus beseelte deutsche Volksgemeinschaft bekämpft privatim das Polentum, sondern auch die Regierung legt Hand daran und erläßt immer schärfere Verordnungen. In Preußen arbeiten Arbeiter verschiedener Nationalität, jedoch nur polnische Arbeiter werden ausgewiesen. Wieviel italienische Arbeiter sind jedoch in oberösterreichischen Gruben oder in anderen Unternehmungen beschäftigt! Diese indeß weist die Regierung nicht aus, sondern sie erlaubt ihnen, sich ihr tägliches Brot zu verdienen.

Diese neue Verordnung müßte doch endlich unsern Brüdern in Galizien und im Königreich Polen die Augen öffnen. Ist doch Galizien ein Teil von Österreich, welches mit Deutschland verbündet ist. Das Verhalten der Deutschen oder vielmehr der preußischen Regierung spottet geradezu über dieses Bündnis. Hat denn nun jemals einer gehört, daß ein Freund den andern aus dem Hause hinausstieße, diese Freundschaft aber dessenungeachtet weiter bestehen solle? Die Vertreter unserer Brüder aus Galizien müßten in Wien energisch vorgehen und Gleiches mit Gleichem vergelten. Wir werden doch nicht immer diese demütigen Lämmer sein, mit denen man machen kann, was einem beliebt. Dieser neue Erlaß wird wohl unsern Brüdern in Galizien schließlich die Augen öffnen, und sie werden hinsichtlich der Angelegenheiten der „befreundeten“ Nation in Wien hinfort keine nachgiebige Politik treiben.

Auch die Polen aus dem Königreich müßten dessen gedenken, wie die Preußen mit unseren Brüdern umgehen, wie sie vor ihnen die Grenze schließen, selbst wenn sie nicht im Herzen Deutschlands, sondern nur in den annektierten polnischen Bundes teilen Arbeit suchen. Wird denn im Königreich Polen oder in Galizien den Deutschen mit gleichem Maß gemessen, wie unseren ausländischen Brüdern in Preußen? Wie viel deutsche Beamte und Arbeiter sind im Grenzgebiet des Königreichs Polen beschäftigt! Verlangen die dortigen Polen ihre Entfernung? Nein,

wiewohl sie manchmal mit unerhörtem Hochmut auftreten und unsere Brüder geradezu herausfordern. Während der letzten Streiks im Kohlengebiet von Dombrowa setzten zwar die polnischen Arbeiter, eingedenk der uns unter preußischer Herrschaft zugefügten Unbilden, die Entfernung der ihnen am meisten verhaßten Beamten durch, das waren aber nur vereinzelte Fälle. Es würde uns nicht wundernehmen, wenn sich der Haß gegen die im Königreich Polen lebenden Deutschen infolge des neuen Erlasses des preußischen Ministers bis zu dem Grade steigern würde, daß die Verfolgung der Deutschen allgemein würde, obgleich wir ein solches Verhalten vom christlichen Standpunkt aus nicht billigen könnten. Doch wer Haß säet, der darf nicht Liebe er hoffen.

Aus Nr. 180 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 8. August 1905:

Goldregen.

Die Millionen, die zur Verdrängung der Polen aus ihrem Vaterlande bestimmt sind, nehmen ab, ohne die erwarteten Ergebnisse zu zeitigen. Diese Millionen sind überwiegend in die Taschen der unerfättlichen Michel geflossen, die in den sogenannten Ostmarken leben. Natürlich würde es in dem Augenblick, wo der Fonds erschöpft wäre, mit der Gelegenheit, Geld auf leichte Weise zu sammeln, für die Deutschen vorüber sein, weshalb es auch nichts Wunderbares ist, wenn sie bereits nachsinnen, wie dem vorgebeugt werden könnte. Sie greifen zu einem bereits erprobten Mittel, das niemals fehlschlägt und stets den gewünschten Erfolg zeitigt. Man ängstigt nämlich die Regierung, die polnische Gefahr sei so groß und weittragend, daß selbst die größten Geldsummen zur Beseitigung dieser Gefahr nicht geschenkt werden dürften, in der Hoffnung, die Regierung werde, ohne sich von der angeblichen Gefahr zu überzeugen, wiederum dafür sorgen, daß der Regen in Gestalt von goldenen Dukaten für die stets durstigen Michels herabfalle. In der Ansiedelungskasse müssen sich die Fonds zum Landwerb aus den Händen der Polen sehr verringert haben. Wir können dies aus der hafatistischen Provinzialpresse schließen, welche die öffentliche Meinung von neuem bearbeitet, damit diese Kasse durch einen neuen Fonds verstärkt werde.

Zunächst verbreiten sie die Nachricht, die Deutschen würden von den Polen boykottiert, und darum seien die Handwerker deutscher Nationalität gezwungen, diejenigen kleinen Städte zu verlassen, die von in polnischen Händen befindlichen Gütern umgeben sind. Ferner wird der Welt verkündet, das Polentum breite sich in erschreckender Weise aus, unzählige Güter gingen in polnische Hände über, das Deutschtum gehe zurück.

An diesen Nachrichten ist natürlich kein Wort wahr. Die polnischen Blätter weisen darauf hin, daß diese Nachrichten einfach erdacht seien, und sie fordern die hafatistischen Blätter öffentlich zum Widerruf auf, allein bei den Redakteuren dieser Blätter ist das Gerechtigkeitsgefühl völlig geschwunden.

Diese Nachrichten werden von Blättern außerhalb der Ostmark wiederholt, und auf diese Weise wird die öffentliche Meinung zu Gunsten der Vergrößerung des Ansiedelungsfonds bearbeitet. Die Regierung beruft sich auf diese Nachricht bei der Begründung ihrer Entwürfe, und da die Hafatisten im preußischen Landtage die Mehrheit besitzen, so wird ein derartiger Entwurf mit Leichtigkeit angenommen werden.

Blätter, die mit der Regierung in enger Fühlung stehen, kündigen an, daß die Regierung einen neuen Antrag zur Vergrößerung der Reptilienfonds stellen wird. Und wiederum wird auf die Deutschen ein Goldregen herabkommen, aber selbst wenn das Gold unablässig vom Himmel für sie herabträufeln sollte, uns Polen werden sie nicht germanisieren, noch aus unserem Lande vertreiben, wir werden uns vielmehr in dem uns aufgedrungenen Kampfe stählen und zu einer so starken Kette vereinigen, daß diese niemand zersprengen wird.

Aus Nr. 38 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 8. August 1905:

Die Generalversammlung des Verbands gegenseitiger Hilfe,

die am Sonntag Nachmittag stattfand, wurde leider von der Polizei aufgelöst.

Sie wurde von dem Vorsitzenden des Vorstands Herrn Kalus eröffnet und gemäß den Satzungen geleitet. Den Bericht über die Tätigkeit des Verbands verlas der Generalsekretär Herr Kopezynski. In diesem bemerkte er u. a., daß im ganzen Jahre kaum neun Versammlungen stattfinden konnten; man habe zwar mehr Versammlungen veranstalten wollen, dies sei aber nicht gelungen, weil man keinen Saal habe erhalten können. Weiter wies er auf den Abgang von Mitgliedern hin, indem er als Grund hierfür die Agitation eines gewissen Teils der Zeitungen anführte, die den Verband scharf angegriffen hätten. Gleichzeitig drückte er jedoch die Hoffnung aus, daß man, nachdem eine gewisse Verständigung zustande gekommen sei, einen neuen Zuwachs an Mitgliedern erwarten dürfe.

Alsdann verlas der Hauptkassierer Herr Vigon den Kassenbericht, aus welchem hervorging, daß der Verband in diesem Jahre einen Fehlbetrag von 4000 Mark zu verzeichnen habe, was durch den Mitgliederabgang zu erklären sei. Gleichzeitig legte er auch den Etatsentwurf für das nächste Jahr vor.

Die Versammlung nahm dies alles zur Kenntnis.

Herr Korfanty, der als Vertreter seines Blattes in der Versammlung anwesend war, begann dann namentlich zwei Angelegenheiten zu kritisieren, die wir im vorerwähnten Bericht näher bezeichnet haben, und zwar behauptet er, die Versammlungskosten seien zu groß, denn von den 9 abgehaltenen Versammlungen habe jede 64 Mk. gekostet. Vom Vorstande wurde entgegnet, man habe sich bemüht, viel mehr Versammlungen zu veranstalten, jedoch hätten nur neun stattgefunden. Man dürfe daher die Kosten für jede Versammlung nicht mit 64 Mk. berechnen, sondern man müsse die Unkosten auch für die Versammlungen berücksichtigen, die nicht hätten stattfinden können, derentwegen aber Kosten entstanden seien.

Hierauf griff Herr Korfanty den Abschnitt aus dem Bericht über die Zeitungen an und ging auf das politische Gebiet über. Die Folge hiervon war, daß die Versammlung sehr stürmisch wurde und so bis zum Schluß blieb.

Unter großer Unruhe wurde zur Wahl geschritten. Nach der engeren Wahl zwischen Herrn Kalus und Herrn Woznikowski, bei welcher der letztere die Mehrheit erlangte, wies einer der Stellvertreter, während das Ergebnis der Abstimmung über das zweite Mitglied noch nicht bekannt gegeben worden war, den Vorsitzenden darauf hin, daß Herr Korfanty nicht nur hinten in der Versammlung agitiere, sondern sogar selbst Wahlzettel schreibe. Der Vorsitzende forderte Herrn Korfanty zum Verlassen des Saals auf und

gab dann der Versammlung bekannt, was er in Erfahrung gebracht, hinzufügend, daß die Wahl unter solchen Umständen nicht gültig sein könne. Da erhob ein Teil der Anwesenden einen großen Lärm, weshalb der Polizeibeamte die Versammlung auflöste.

Wir bedauern diesen Ausgang der Generalversammlung. In den letzten Zeiten schien es, als ob die Verbandsangelegenheit eine gewisse Ruhe erreicht habe, indessen hat dies die Versammlung vom Sonntag widerlegt. Der Verband ist in Gefahr, bei dieser Sachlage noch mehr in Verfall zu geraten. Gegensätze politischer und persönlicher Natur werden den einzigen großen Verband vernichten, der sich dem sozialen und wirtschaftlichen Wohle unserer Arbeiter widmet.

Die Generalversammlung wird noch einmal stattfinden müssen, um noch einmal die ganze Tagesordnung zu erledigen.

Hierzu schreibt das Organ Korfanty's, der „Polak“

in Nr. 45 vom 8. August 1905:

Herr Kalus hat wiederum gezeigt, wozu er fähig ist. Wie vor drei Jahren dieser freche Feind des Arbeitervolkes eine Arbeiterversammlung geprengt hat, ebenso hat er auch gestern gezeigt, daß er bereit ist, alles zu vernichten und zu zerstören, wenn die Arbeit nicht nach seinem Sinn geht. Die versammelten Kassierer behandelte dieser Mensch wie Schulbuben, und wollte niemandem das Wort erteilen, während er selbst am meisten mit seinen Dummheiten prahlte. Die versammelten Kassierer waren äußerst empört über dieses Verhalten des Herrn Kalus und schrien entrüstet: „Sind wir denn in Rußland?“

In der Tat benahm sich Kalus während der ganzen Versammlung schamlos. Den Herrn Rechtsanwalt Dr. Seyda, welchen der Vorstand zur Versammlung eingeladen hatte, wies Kalus einfach zur Tür hinaus, indem er ihm zurief: „Sie haben das Wort nicht!“ Die Kassierer erhoben vergeblich Einspruch gegen diese Behandlung des Herrn Dr. Seyda. Kalus aber machte einen solchen Höllenlärm, daß er die ganze Versammlung terrorisierte. Dann bat Kalus den Abgeordneten Herrn Korfanty, den der Vorstand eingeladen hatte, den Saal zu verlassen. Vergeblich protestierten die Kassierer dagegen, man wußte sich aber mit Kalus nicht zu raten, denn die Versammelten befürchteten, dieser Konfusionsrat werde die Versammlung sprengen. Herr Piecha forderte, Herr Kalus dürfe nicht den Vorsitz führen, sondern es solle ein anderer Vorsitzender gewählt werden. Umsonst! Kalus schrie und lärmte. Es wurde zur Wahl des Vorstands geschritten. Kalus wurde nicht wiedergewählt, sondern man wählte an seine Stelle Herrn Woznikowski aus Zaborze, worüber Kalus wütend war. Es wurde hierauf das zweite Vorstandsmitglied an die Stelle Krolitz gewählt. Krolitz fiel durch und mit riesiger Stimmenmehrheit ging Herr Ligenza aus Zaborze als Vorstandsmitglied aus der Wahl hervor. Da erfaßte Kalus und seine Hintermänner im Vorstande eine fürchterliche Wut. Sie versuchten alle Mittel, um nicht aus dem Vorstande hinausgeworfen zu werden.

Wie das Echo einer Trompete erscholl die Stimme des Kalus; diese Wahl sei nicht gültig, — erklärte er — weil der Name auf den Stimmzetteln ein und dieselbe Handschrift aufweise. Es müsse noch einmal gewählt werden. Die Kassierer protestieren gegen diese Gewalttat des Kalus. Kalus brüllt, als ob ihn jemand abschlachtete, und die Polizei löst die Versammlung auf. Geliebte Arbeiter, ihr seht, wer euer und eurer Organisation verbissenster Feind ist: Kalus. Die Stimmzettel können gedruckt, von einem oder von

mehreren geschrieben sein. Das ist alles eins. Als Kalus und sein Gefindel durchgefallen waren, sprengten sie die Versammlung, weil sie sich der Mehrheit nicht unterwerfen wollten.

Aus Nr. 179 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 6. August 1905:

Boguszyk.

Liebe Brüder Bergleute, ich habe die Absicht, in unserm lieben Gornoslazak das Wort zu ergreifen in Sachen des Ankaufs eines Zelttes, unter welchem man Versammlungen veranstalten könnte, wie dies schon die Dänen tun, denen die preussische Polizei bei der Veranstaltung von Versammlungen eben solche Schwierigkeiten bereitet wie uns. Die Dänen haben jedoch den Mut nicht sinken lassen und sich ein großes Leinwandzelt angeschafft, unter welchem sie kleinere und Volksversammlungen abhalten. Das Zelt ist so eingerichtet, daß man es jederzeit abbrechen und an einen andern Ort schaffen kann. Es wäre also sehr gut, wenn auch wir uns so etwas anschafften. Uns müßte dies viel leichter fallen, als den Dänen, denn wir sind der Zahl nach viel mächtiger. Zu diesem Zwecke könnte eine Versammlung einberufen werden, in welcher die Angelegenheit eingehender besprochen werden könnte. Wir Arbeiter aber müßten es uns etwa folgendermaßen einrichten: Laßt uns in jeder Grube oder in jedem Werk aus unserer Mitte einen Kollegen wählen, zu dem wir am meisten Vertrauen hegen. An diesen werden wir gewisse festgesetzte Beträge entrichten. Gesezt den Fall, daß in der Ferdinandgrube 1000 Mann arbeiten, von denen jeder wenigstens 10 Pfennige geben würde, so würden in einer einzigen Grube monatlich bereits 100 Mark zusammengebracht werden. Übrigens würden sich auch solche finden, die gern auch mehr spenden würden. Wenn so in allen Gruben und Werken zu Gunsten dieser Angelegenheit agitiert würde, dürfte monatlich eine ziemlich angesehenere Summe aufgebracht werden.

Liebe Brüder, erwachen wir endlich aus dieser Lethargie, aus dieser Trägheit, in die wir schon seit so langer Zeit versunken sind. Agitieren wir tatkräftig für diese Angelegenheit, die nicht allein für unsere nationale Sache, sondern auch für die Arbeiterfrage ungemein wichtig ist. Vorwärts also ans Werk!

Ein Bergmann aus der Nähe von Kattowitz.

Aus Nr. 45 des Polak (Kattowitz)

vom 8. August 1905:

Kosel (D.S.)

Wir haben hier in Kosel ein deutsches Wischblatt, welches den Namen „Koseler Stadtblatt“ führt und allgemein „Koseler Quatschblatt“ genannt wird. An diesem Blatte bewahrheitet sich unser Sprichwort: „Wenn ein Pferd beschlagen wird, hebt auch der Frosch ein Bein.“ Dieses Wischblatt tut sich von Zeit zu Zeit ebenfalls durch seinen hakatistischen Verstand hervor, der heut in Deutschland ungemein billig und sehr lohnend ist. Alle deutschen Schmierblätter haben den Aufruf unseres Wahlkomitees wiederholt, in welchem im Bezirk Kattowitz-Zabrze Herr Korjanty als unser Abgeordneter aufgestellt wird. Der Koseler Frosch hat den Aufruf ebenfalls veröffentlicht und von sich aus seine Bemerkungen dazu gemacht. Diese Bemerkungen betrafen besonders unseren Dr. Trzebiatowski, gegen den dieser Frosch seine Pfote erhebt. Wir halten

dafür, daß Herr Dr. Trzebiatowski diesen Frosch dadurch auf den Fuß treten müßte, daß er etwas nütziger die nationale Arbeit in Angriff nähme und sich vor der hochblöblichen Koseler Polizei nicht so ängstigte. Es wird ihm nichts geschehen, wenn er sich unserer Sache aufrichtig widmen wird, und wir Acker- und Landwirte würden ihn umsomehr lieben und unterstützen, wenn er sein Wissen mit uns teilen und unsere Bestrebungen hinsichtlich der Weckung des nationalen Geistes unter unserem Volke tatkräftiger fördern wollte. Darum ersuchen wir ihn angelegentlichst und glauben, daß die öffentlich in den Spalten des Polak ausgesprochene Bitte den erwünschten Erfolg zeitigen wird.

Ein Volksgenosse.

Aus Nr. 45 des Polak (Kattowitz)

vom 8. August 1905:

Zum Schutz des polnischen Gesanges

in Jaskowitz, Kreis Oppeln, tobt ein heftiger Kampf zwischen dem polnischen Volke und den Germanisatoren. Der Lehrer und Organist Pierseke begann statt des polnischen Gesanges den lateinischen einzuführen. Zu diesem Zwecke versammelte er die Jugend, lehrte sie lateinische Gesänge und verdrängte den polnischen Gesang aus der Kirche. Seinem Beispiele folgten natürlich die Herren Lehrer aus den benachbarten Dörfern, und sie taten das gleiche. Die Bestrebungen der Herren „Schullehrer“ unterstützte der Ortspfarrer Gorecki, so schreibt wenigstens der freimaurerische Ratiborer Anzeiger. Diese „Rektoren“-Neuheiten gefielen den Parochianen nicht sehr, denn sie ziehen den polnischen Gesang vor, der hier in unseren Kirchen seit Jahrhunderten blüht. Wenn die Schullehrer mit ihren Schülern auf dem Chore lateinisch sangen, sang das Volk in der Kirche polnisch. Daraus entstand natürlich ein Wirrwarr. Am Fronleichnamstage geschah es ebenso. Die Germanisatoren krähten lateinisch, und das Volk sang polnisch. Da die Germanisatoren mit dem polnischen Volke nicht fertig werden konnten, beschwerten sie sich beim Bischof und zeigten zwei Volksgenossen wegen Störung des Gottesdienstes an. Der Staatsanwalt erhob natürlich gegen solch gefährliche Menschen sofort Anklage, und diese Angelegenheit soll bald das Oppelner Gericht beschästigen.

So berichtet der „Anzeiger“. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das preussische Gericht diese gefährlichen Agitatoren bestrafen wird, die in der Kirche so singen wollen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist und wie ihre Vorfahren sangen. Sie können sich trösten, denn sie leiden für eine gute und heilige Sache. Heut müssen wir alle leiden, die wir die Sprache und Sitten der Väter in Ehren halten. Die Volksgenossen werden eine Strafe, die Herren Schullehrer aber wahrscheinlich eine Belohnung von der Regierung erhalten. —

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 180 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 9. August 1905:

Der deutsche Kaiser in Posen und Gnesen.

Gestern am späten Abend fuhr der deutsche Kaiser Wilhelm II von Swinemünde nach Posen und traf in der Hauptstadt Przemyślaws heute früh ein. Nach-

Beendigung der in der Nähe Posen stattfindenden militärischen Übungen begibt er sich morgen — nicht mit dem Automobil, wie es anfänglich geplant war, sondern mit der Bahn nach Gnesen, woselbst die auf dem Marktplatz versammelten deutschen und jüdischen Regierer dieser ersten polnischen Hauptstadt ihm den „Ehrenbecher“ darreichen werden in der freudigen Annahme, daß sich in Gnesen vielleicht das wiederholen werde, was in Thorn und Marienburg geschehen ist.

Das Organ der Posener Regierung und Polizei, das Posener Tageblatt, veröffentlicht heute zur Ehrung dieser Tatsache einen Artikel mit geradezu herausforderndem Inhalte. Es spuckt in ihm auf die ganze Vergangenheit dieser Erde und legt der Reise des Kaisers dieselbe Bedeutung bei, welche dermaleinst der Gefährhut für das schweizerische Volk haben sollte.

Trotz dieser offenkundigen Provokationen läßt sich weder die polnische Presse noch die polnische Bevölkerung weder provozieren noch vom Wege der nüchternen Verständigkeit abbringen.

Indem sie ihre nationale Würde achtet, wird sie sich von den Festlichkeiten fern halten, welche von den Posener und Gnesener Deutschen und Juden behufs ihrer größeren moralischen Unterdrückung veranstaltet werden. Dagegen wird sie in der Sammlung ihres Geistes der früheren Herrlichkeit dieser Erde, der Wiege des polnischen Volkes gedenken und ihre Herzen erheben zu den Gräbern Miecislaus' und Boleslaus' in Posen und zu dem Grabe des hl. Adalbert in Gnesen mit dem Gelöbniß, daß für unsere spätesten Geschlechter die Traditionen stets heilig bleiben werden, die dort ihren Anfang genommen haben, daß selbst das härteste Schicksal, das größte Unglück und die allerschwersten Verfolgungen nicht imstande sind, diese Traditionen aus den polnischen Herzen auszurotten.

Aus Nr. 176 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 4. Juli 1905:

Der Strazverein in Brandenburg.

Von dem Vorsitzenden der Organisationssektion des Strazvereins erhielten wir heut ein Schreiben, durch welches der Verleger unseres Blattes Herr Karl Rose zum Vertrauensmann zwecks Gründung von Mitgliedschaftskandidaten für den Strazverein ernannt wird.

Wer also von den Landsleuten in Brandenburg Mitglied des Strazvereins werden will, der melde sich zu Händen unseres Verlegers Herrn Karl Rose. Gegebenenfalls wird auch die Redaktion des Dziennik Berlinski in dieser Angelegenheit gern vermitteln. Wir heben bei dieser Angelegenheit hervor, daß die Starosten und Kommissare des Strazvereins die bei ihnen gemeldeten Kandidaten dem Hauptvorstande des Strazvereins präsentieren, und daß dieser sie dann erst als Mitglieder aufnimmt.

Aus Nr. 176 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 4. August 1905:

Schiedsgerichte.

Dieser Angelegenheit haben wir in den zwei letzten Nummern des Dziennik bereits soviel Raum eingeräumt, daß mancher unserer Leser möglicherweise unwillig über uns werden wird, wenn wir heute schon wieder auf diese Angelegenheit zurückkommen.

Die von dem Autor des Projektes der Schiedsgerichte zur Sprache gebrachte Angelegenheit ist allzu

wichtig, um sie mit Stillschweigen übergehen zu können. Jede Zeitung hat übrigens die Pflicht, ihre Leser nicht nur über die der Volksgesamtheit erteilten Ratschläge und Weisungen zu informieren, sondern auch die Pflicht, ihre eigene Meinung klar und deutlich zu äußern.

Wer aufmerksam die inhaltliche Wiedergabe polnischer Pressäußerungen in Sachen der Schiedsgerichte in der gestrigen Nummer unseres Blattes verfolgt hat, muß zugeben, daß man in Wirklichkeit Gegenmaßregeln gegen die sich immer mehr einwurzelnde Manie, wegen jeder Kleinigkeit Prozesse zu führen, erfinden müßte. Jeder könnte wohl zu den von dem Autor des Projektes aufgeführten traurigen Beispielen von Geldverschwendung in Prozessen noch viele andere und vielleicht noch krassere Beispiele hinzufügen, wie Tausende für Prozeßkosten in Fällen weggeworfen werden, die in den meisten Fällen nicht ein Pfund Lumpen wert waren.

Es unterliegt ferner keinem Zweifel, daß die polnische Volksgesamtheit infolge der unnützen Prozesse verarmt, während die Staatskasse sich bereichert.

Es handelt sich jetzt nur noch um die Frage, ob der Verein „Straz“ in diesem Sinne zu handeln und den in dem Dziennik Berlinski aufgeworfenen Gedanken in die Tat umzusetzen vermag?

Unseres Erachtens ist nicht einmal daran zu denken. Der Verein „Straz“ wird auch noch in Jahren eine zu schwache Organisation sein, um in seinem Schoße eine so ausgedehnte und weittragende Institution lebenskräftig zu erhalten, die außerdem noch im gewöhnlichen Leben so schwer durchführbar ist, wie die Schiedsgerichte. Selbst wenn die ganze Volksgesamtheit, oder mindestens dreiviertel aller Polen dem Verein Straz angehören würden, so könnte man dann auch noch nicht davon träumen. Eine solche Mitgliederzahl wird der Verein Straz nicht erreichen. Die Organisatoren haben sich nämlich in Westpreußen bereits getäuscht und noch mehr werden sie sich in der Fremde täuschen. Hier wird der Verein Straz wenig Anhänger gewinnen, dafür aber desto mehr Gegner, was man freilich tief bedauern kann. Wer die hiesigen Verhältnisse und Leute kennt, die auf das Auswanderungswesen ihren Einfluß ausüben, wird uns Recht geben, wenn wir auch diese Behauptungen augenblicklich nicht durch Beweise bekräftigen können. Wir werden dies jedoch bei nächster Gelegenheit nachholen.

Kann man angesichts dessen annehmen, daß sich Nichtmitglieder in Streitfällen an das Schiedsgericht des Vereins Straz wenden werden? Wer wird endlich diese Schiedsgerichte in der Fremde bilden? Woher die polnischen Juristen nehmen, die nach dem Vorschlag des Projektentmachers des Dziennik Berlinski in diesen Gerichten sitzen sollen, da man nicht einmal im Posenschen immer und überall solche Juristen findet?

Einen weit praktischeren und leichter durchführbaren Vorschlag, die Prozeßsucht in weiten Kreisen des polnischen Volkes zu unterdrücken, macht die Gazeta Polska und nach ihr der Przyjaciół Ludu. Die Beilegung von Streitfällen durch die Ehrengerichte ließe sich in den Vereinen eher durchführen, wenn auch nicht so leicht und schnell, wie es auf den ersten Blick scheint. Entsprechende Paragraphen figurieren in den Satzungen einzelner Vereine, vornehmlich der Sokolvereine, schon seit vielen Jahren. Fragen wir aber einmal, wo und wann die Ehrengerichte zusammengetreten sind, um einen Streit zwischen den Mitgliedern, der gerade den Verein anging, zu schlichten? Wenn jemandem eingefallen wäre, in Hinsicht hierauf statistische

Daten zu sammeln, so würde es sich zeigen, daß, mit geringfügigen Ausnahmen, solche Angelegenheiten die preußischen Gerichte beschäftigt haben! So ist es!

Wenn man durch entsprechende Artikel und Beispielen in den Vereinen die Aufklärung verbreiten und auf die ungeheuren Verluste und die Albernheit, sich wegen des Wertes eines Strohhalms vor den Gerichten herumzuprozeßieren, hinweisen würde, könnte man möglicherweise so manchen davon abbringen, gegen seinen Landsmann bei dem preußischen Gericht einen Prozeß anzustrengen. Sache der Volksblätter und ebenfalls des Vereins „Straz“ wäre es, in dieser Hinsicht Aufklärung zu verbreiten, und zwar mit Hilfe gut redigierter, mit überzeugenden Argumenten versehener Artikel und Broschüren. Aber dies wäre auch alles, die Kanzeln ausgenommen, was man in dieser Sache tun könnte.

Aber wie kann man auf die Vereine einen Einfluß dahin ausüben, daß sie ihren Statuten einen Paragraphen über die Ehren- oder Schiedsgerichte hinzufügen, da doch der größte Teil der polnischen Vereine vereinzelt seinen Weg geht und zu keinem Verband gehört.

Wie wir sehen, müssen wir vor allen Dingen den Bau mit dem Fundament beginnen, müssen die Pfeiler stützen, die unser zertrümmertes Vaterland aufrecht erhalten, wir müssen das Gefühl für die Erfüllung der nationalen Pflichten unter den Vereinsmitgliedern heben und dann erst an die Einrichtung von Schiedsgerichten, an die Ausbreitung des Programms des Vereins „Straz“ denken.

Die Bekämpfung der Prozeßsucht muß vorläufig den Schultern der Presse aufgebürdet werden, namentlich denen der Volksblätter, welche mehr als bisher auf die unsere Volksgesamtheit unbarmherzig fressende Krebskrankheit hinweisen müssen, wie dies z. B. der Dziennik Kujawski in einem „Prozeßsucht“ überschriebenen Artikel getan hat, den wir nachstehend wiedergeben:

Dem Passanten, der gegen 9 Uhr Vormittags durch die Patoscherstraße dem Hohenjalka'er Markt zugeht, muß der ungewöhnliche Anblick einzelner Gruppen oder einzelner Personen auffallen, die in der Richtung nach dem Gerichtsgebäude zu hineinilen. An ihrer Sprache und ihrer lebhaften Gesticulation kann man erkennen, daß es unsere Brüder sind, die in den Tempel der Themis der preußischen Gerechtigkeit nachgehen.

Trotz der allsonntäglichen Predigten in unseren Kirchen über das Thema der brüderlichen Liebe und der Versöhnlichkeit gegen den Nächsten, trotz der vielen Artikel in unsern Zeitungen, die das polnische Volk zur Vernunft und zum Meiden der unglückseligen Prozeßsucht rufen, die alljährlich Millionen aus unsern Taschen in Form von Prozeßkosten verschlingt, die weiter hauptsächlich zum Vorteil für unsere Gegner ausschlägt, hört die Prozeßsucht dennoch nicht auf. Was sollen unsere Feinde, die, wie wir sehr wohl wissen, uns, wenn es nur möglich wäre, in einem Löffel Wasser ertränken möchten, von unserm häßlichen Nationalfehler halten, von dem Prozeßieren und dem gegenseitigen Herumschleppen vor Gerichten?

Die Polen, die in ihrem eigenen Vaterland, auf der Erde ihrer Vorfahren, zu Bürgern zweiter Klasse degradiert sind, gehen zu jenen, die sie verachten, nach Schutz und Recht! Was ist dies doch für ein abscheulicher Anblick! Wie wenig Empfinden für nationale Würde haben wir doch noch und für das Unrecht, das uns unser ewiger Feind Tag für Tag zufügt! Wir rühmen uns, daß wir Katholiken sind, folglich Bekenner des Glaubens Christi, des Verkünders des Grundsatzes von der verzeihenden christlichen Nächstenliebe, die uns befiehlt, sogar unsere Feinde zu lieben,

aber in der Praxis sind wir nicht imstande, unsern eigenen Landsleuten zu verzeihen und sie zu lieben.

Wenn uns die Liebe zu unsern bis ins innerste Mark polnischen Brüdern fehlt, so muß auch die Behauptung, daß wir Polen lieben, und daß uns die nationalen Ideale heilig sind, eine Lüge sein. Wer seinen polnischen Bruder in den Gerichten herumschleppt und die polnische Erde, die mit den Tränen und dem Blute unserer Vorfahren beträufelt ist, an unsere Feinde verkauft, der ist trotz seiner polnischen Herkunft nicht mehr Pole, einen solchen muß das Volk heute hassen, denn eine solche Person bringt der Nation lediglich Schande und materiellen Schaden.

Unaufhörlich durch die wirtschaftliche Übermacht und die materielle Kraft unserer Feinde bedrängt, sollten wir keine Mühe scheuen, um das moralische Niveau und die Aufklärung unseres polnischen Volkes zu heben, weil dann weder die Ansiedelung, noch die preußische Schule, noch alle antipolnischen Gesetze uns schaden werden, wenn wir durch Versittlichung, Aufklärung und Veredelung des polnischen Volkes, in der Nation einen starken Geist heranbilden werden.

Nur in der moralisch gefunden und national aufgeklärten Seele des Polen kann sich die unererschöpfliche Kraft finden, die erforderlich sein wird, um sich erfolgreich gegen das materielle Übergewicht des Satisfaktismus zu wehren. Wenn der Geist des Volkes gesund sein wird, wird auch der abgestumpfte Patriotismus wieder aufleben, der, wenn er wahrhaft ist, aus Liebe zum Vaterland nicht allein Unrecht, Armut, Selbstaufopferung, sondern sogar den Tod durch Gift auf sich zu nehmen bereit ist.

Indem man das Volk in dieser Hinsicht aufklärt, muß man seine Aufmerksamkeit unaufhörlich darauf lenken, daß das Prozeßieren um Kleinigkeiten, das gegenseitige Denunzieren nur die Tat niederträchtiger und nichtsnutziger Menschen ist, daß ein jeder Mensch, der die göttliche Ähnlichkeit an sich trägt, zu einem vierfüßigen Wesen wird, wenn er seinen Nächsten und noch dazu besonders seinen Landsmann nicht liebt, ihm im Notfalle nicht nur nicht nach seinen Kräften hilft, sondern sich mit ihm herumprozeßiert, ihn schädigt und sich über sein Unglück freut. Das ist weder christlich noch polnisch. Um in dieser Hinsicht auf einen besseren Weg zurückzukommen, müßten wir in unseren Dörfern und Städten aus verständigen und angesehenen Leuten aus der Mitte unserer Vereine Ehrengerichte schaffen, die auf schiedsgerichtliche Weise alle Streitigkeiten zwischen den Landsleuten unparteiisch und gerecht zu Ende führen würden.

Auf diese Weise würden wir Millionen an Prozeßkosten sparen, die jährlich in den Gerichtskassen und den Taschen jüdischer Advokaten unwiederbringlich für uns verloren gehen. Es gibt bei uns Leute, die in der Krankheit den Arzt sparen, dem eigenen Bruder nicht helfen, bei denen es nicht zu einer Mark für eine polnische Zeitung reicht, bei denen sich aber stets Geld findet, wenn es sich um einen Prozeß handelt, ja sogar wenn es nach einer sehr schlechten Ernte wäre. Weg deshalb, Landsleute, mit dem Herumschleppen vor Gericht, weg mit dem Prozeßieren!

Aus Nr. 174 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 2. August 1905:

Die Zusammenkunft der Vorsitzenden in Sachen des St. Josphatsfonds.

Wir erhalten nachstehenden Bericht: Die Zusammenkunft in Sachen des St. Josphatsfonds fand in Essen im Saale des Herrn de Loo am Sonntag,

den 23. Juli statt. Es versammelten sich Vorsitzende von Vereinen aller Art aus Westfalen und dem Rheinland. Am Beginn zählte man ihrer 79, am Schluß erreichte ihre Zahl die Höhe von 120 Personen. Herr Matysiak, der Vorsitzende des Komitees, eröffnete die Versammlung, welche mit dem Absingen einer Strophe des Liedes „Wer sich unter deinen Schutz“ begann. Darauf verlas der Vorsitzende die Tagesordnung. Der erste Punkt der Beratungen betraf die Angelegenheit der Wiederübernahme der Kassenverwaltung des St. Josophatfonds durch Herrn Brejski in Bochum. Der Vorsitzende Fr. Matysiak legte Rechenschaft über das Entstehen der Bittschrift ab, die durch das Komitee des St. Josophatfonds Herrn Brejski vorgelegt ist, und die dahin lautete, Herr Brejski möchte doch die Verwaltung des St. Josophatfonds wieder annehmen. Herr Anton Brejski weigerte sich entschieden, dies zu tun. Der Redner erklärte weiter, es sei in dieser Angelegenheit ein Brief an den Geistlichen Dr. Liß gesandt worden, der sich in seiner Antwort dahin geäußert habe, Herr Brejski möchte die Kassengeschäfte des St. Josophatfonds weiter verwalten. Hierauf ergriffen viele das Wort, um ihrem Wunsch Ausdruck zu geben, Herr Brejski möchte die Leitung der Kassengeschäfte des St. Josophatfonds wieder übernehmen. Es wurden hierbei noch scharf die verleumderischen Angriffe auf Herrn Brejski gebraut, die von manchen Zeitungen und Personen verbreitet worden sind. Zum Schluß wurde einstimmig der Antrag des Komitees angenommen, Herr Brejski möchte wiederum die Leitung der Kassengeschäfte des St. Josophatfonds übernehmen.

Es wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen, nämlich, ob man einen eisernen Bestand für den St. Josophatfonds anlegen solle, und auf welche Weise man zu diesem kommen könne.

Die Herren Mentysiak und Andreas Kranz aus Gelsenkirchen, Thadens Nowacki aus Katernberg, Stanislaus Radojewski, Johann Ciesielski aus Bankau, Ignaz Szymkowiak und Michael Kripula aus Herten, Kaspar Matuszewski aus Hochlarmark und dreißig andere Redner empfahlen die Anlage eines eisernen Bestandes für den St. Josophatfonds. Bei der Frage, auf welche Weise man die Anlage eines eisernen Fonds bewirken könne, entwickelte sich eine sehr ausgedehnte Diskussion, die einen solchen Umfang annahm, daß schließlich viele, die sich zum Wort gemeldet hatten, sich von der Rednerliste streichen ließen, weil alle Redner sich dahin einigten, einen eisernen Bestand in der Fremde für den St. Josophatfonds zu gründen und zwar in der Weise, daß ein jeder polnische Verein, ohne Ausnahme, eine einmalige Abgabe von 10 Pfennigen für jedes Mitglied leistet. Es wurde beschlossen, die Gelder bis zum 1. Oktober d. J. abzuführen. Weiter wurde beschlossen, ein Buch anzulegen, in das alle Personen eingetragen werden sollen, die größere Summen für den eisernen Bestand des St. Josophatfonds stiften. Noch war der Beschluß nicht gefaßt worden, einen eisernen Bestand für den St. Josophatfonds zu gründen, als unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden für die gute und wichtige Sache Herr Ludwig Piaszczyński aus Bottrop an den Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Matysiak aus Gelsenkirchen, herantrat und 5 Mark für den eisernen Bestand des St. Josophatfonds spendete. Thadens Nowacki aus Katernberg lobte das edelmütige Verhalten des Herrn Piaszczyński, stellte ihn allen versammelten Vereinsvorsitzenden als Muster hin und rief schließlich als Zeichen des Dankes „es lebe Herr Piaszczyński“, welchen Ruf die Versammelten mit Begeisterung wiederholten. Dem Beispiel des Herrn Piaszczyński folgte Herr Peter Baranowski aus Neumühl, der

gleichfalls 5 Mark für den eisernen Fonds stiftete. Die Abstimmung über Punkt 2 der Tagesordnung ergab, daß alle Anwesenden für die Anlage eines eisernen Fonds waren, ebenfalls auch für eine einmalige Zahlung von 10 Pfennigen pro Mitglied aller Vereine in der Fremde. Auf den Wunsch einiger Redner, von jedem Mitglied eine einmalige Abgabe von 20 Pfennigen zu erheben, antwortete der Vorstand, daß jeder, der mehr geben wolle, dies tun könne.

Es wurde gleichzeitig ermahnt, mit den Abgaben für die Sparbüchsen nicht aufzuhören, da man hierdurch die Groschen für die laufenden Ausgaben vergrößern könne, den eisernen Fonds aber müsse man besonders mit Hilfe der Delegierten sammeln. In jedem Orte sollen sich Delegierte um das Anwachsen des eisernen St. Josophatfonds bemühen.

Punkt 3 der Tagesordnung: Auf welche Weise sollen die Delegierten auf das Sammeln der Abgaben bedacht sein und wo sollen sie sie sammeln?

Es wurde beschlossen, für jeden Ort, wo sich Polen befinden, einen Delegierten zu bestimmen, im Bedarfsfälle auch mehrere solcher, die mit entsprechenden Formularen versehen werden, in welche dann die Namen derjenigen Personen, die Spenden für den eisernen St. Josophatfonds leisten, eingetragen werden. Diese Formulare werden zugleich mit den Geldern an die Personen, deren Namen später bekannt gemacht werden, abgesandt.

Die Delegierten werden verpflichtet sein, sich darum zu kümmern, daß auf Taufen, Hochzeiten und polnischen Vergnügen freiwillige Gaben für den eisernen Fonds gesammelt werden. Die Sammelliste zum Eintragen größerer Beiträge zum eisernen Fonds wird von Haus zu Haus der polnischen Gewerbetreibenden zirkulieren und zwar in ganz Westfalen und Rheinland, die gezeichneten Gelder dagegen müssen an die Personen, deren Namen später veröffentlicht werden, gesandt werden. Zum Schluß wurde nachfolgende Resolution angenommen:

„Die am 23. Juli d. J. in Essen im Saale van de Loo versammelten Vorsitzenden der Vereine aus ganz Westfalen und dem Rheinland erklären, daß sie alle Angriffe gewisser Personen und Schriften, die in Sachen des St. Josophatfonds gegen Herrn Anton Brejski aus Bochum gerichtet sind, für verdammenstwert erachten und sie drücken jenen Blättern und Personen, welche fremde Ehre beslecken, ihre Verachtung aus. Sie halten Herrn Brejski für einen ehrenwerten Mann und werden seinen Ruf und seine Ehre stets verteidigen, weil sie wissen, daß Herr Brejski stets auf der Wacht für die Interessen des Polentums in der Fremde gestanden hat und sie sprechen ihm von hier aus ihr völliges Vertrauen aus.“ Unter den Versammelten entstand großer Beifallslärm und stürmisches Händeklatschen.

Diese Resolution unterschrieben in erster Reihe die Herren:

Fr. Matysiak aus Gelsenkirchen, A. Kranz aus Gelsenkirchen, J. Nowacki aus Katernberg, St. Radojewski, J. Ciesielski aus Bankau, J. Szymkowiak aus Herten, K. Matuszewski aus Hochlarmark, T. Prus aus Schalke, P. Skolarski aus Essen, W. Chlebowski aus Recklinghausen-Süd, K. Maczowski aus Langendreer, W. Brzozowski aus Bruchhausen, M. Siefierski, J. Maciejewski aus Hamborn, Josef Terzet aus Neumühl, J. Lagodzki aus Rauxel, W. Gruczyk aus Barop, S. Ratajczak aus Holsterhausen, J. Demski aus Weimar, L. Merczynski aus Essen, H. Wrzesinski aus Bruch, J. Stelmajzyk aus Hochheide, J. Zenski aus Ewing, J. Kaczo aus Linden, S. Piotrowski aus Schalke, A. Strozzyk aus Langendreer, L. Kruszewski aus Bochum, T. Birowicz aus Aplerbeck, B. Domagala

aus Freisenbruch, J. Glenz aus Beckhausen, S. Gajewski aus Mengede, A. Przybyla aus Essen, M. Majewski aus Schonnebeck, T. Witkowski aus Düsseldorf, J. Wachowiak aus Wanne, J. Zablocki aus Frohnhausen, J. Konieczny aus Recklinghausen-Süd, L. Szwabinski aus Hochlarmark, W. Sledz aus Courl, A. Kulla aus Hüntrop, J. Ryzel aus Elberfeld, J. Dorosjak aus Düsseldorf, J. Walczak aus Dorstfeld, A. Kuczorowski aus Gelsenkirchen-Liskendorf, A. Zolcedowski aus Buer, J. Dambicki aus Hochfeld, T. Wawrzyniak aus Herne, J. Antkowiak, P. Baranowski, J. Kaczmarek, A. Andrejewski, J. Klimowski, J. Slwinski, L. Weber aus Langendreer und viele andere, die wegen Platzmangel ihren Namen nicht unterzeichnen konnten.

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. Der Bericht über die Nachmittagsversammlung war schon in Nr. 167 des Wiarus Polski erschienen.

Die Zeitungen werden ergebenst um Wiedergabe dieses Berichts betreffend den St. Josphatfonds gebeten.

T. Nowacki,
Schriftführer des Komitees für den St. Josphatfonds.

Aus Nr. 178 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 6. August 1905:

Die polnischen Berufsvereinigungen.

Herr Sosinski, der Vorsitzende der „Polnischen Berufsvereinigung“ sendet uns die nachstehende Antwort für Herrn St. Nowicki, den Vorsitzenden des „Polnischen Berufsverbandes“ in Posen, zu:

Mögen die dem „Polnischen Berufsverbande“ in Posen gemachten Vorwürfe den Herrn Nowicki nicht zum Ärger reizen, sondern ihn vielmehr zu energischer Arbeit auf dem Gebiete der Organisation anfeuern.

Der polnischen Berufsvereinigung ist es darum zu tun, daß alle polnischen Berufsverbände auf der Höhe ihrer Aufgabe ständen; die Feinde der polnischen Organisationen verstehen es, alles zu Ungunsten sämtlicher polnischen Berufsorganisationen auszunutzen.

Die polnische Berufsvereinigung, welche den Grundsatz befolgt, daß die Organisation für den Arbeiter da sei, kann das Feld ihrer Arbeit nicht beengen, und sie wird selbst bis nach Posen gehen, wenn sie das Interesse des Arbeiters dort hinarufen sollte. Der „Polnische Berufsverband“ aus Posen kann ruhig nach Weisfalen kommen und agitieren und wäre es auch in Bochum selbst, wenn er nur Mittel dazu hat und Mitglieder findet, was wir jedoch sehr bezweifeln. Das Gerede über den Mangel an Vertrauen zur polnischen Berufsvereinigung und über das Auftreten von Mitgliedern, das ist eine sehr fette Posener Ente, deren sich die Posener Herren erfreuen. Wir können nur bemerken, daß die polnische Berufsvereinigung sich nichts weiter wünscht, als das Vertrauen, welches ihr gegenwärtig von den polnischen Arbeitern entgegengebracht wird weiterhin zu behalten, und daß die Zahl der Mitglieder in der Zukunft ebenso wüchse wie es jetzt der Fall ist. Jeden Monat treten unserer Vereinigung einige hundert Mitglieder bei, deren wir gegenwärtig über 28000 besitzen.

Es scheint, daß dem Herrn St. Nowicki seine unter unserer Adresse gemachten Drohungen selbst etwas leer und nüchtern vorgekommen sind; für uns sind sie lächerlich, denn die polnische Berufsvereinigung zahlt in einem Monate fast soviel Sterbegeld aus, als der Posener Berufsverband überhaupt Vermögen besitzt.

Daß sich die Arbeiter aus Ozerk nach Bochum gewandt haben und nicht nach Posen, ist für die polnische Berufsvereinigung nur ein rühmliches Zeugnis.

Was Hohensalza anbelangt, so verweise ich Herrn Nowicki an Herrn Dr. Ulatowski, welcher Zeuge der Unterredung war, die zwischen dem Unterzeichneten und dem Posener Delegierten, Herrn Piotrowski, stattgefunden hatte.

Die „Polnische Berufsvereinigung“ besitzt 30000 Mk. Vermögen, sie bezahlte für den Streik nahezu 1000 Mk. Möge daher jeder selbst beurteilen, was die Bemerkung des Herrn Nowicki, Herr Sosinski sei nur deshalb von Hohensalza zurückgetreten, weil sich der Posener Berufsverband verpflichtet habe den Saal zu bezahlen, den ich gemietet hätte, wert ist.

Diese Bemerkung charakterisiert die Aufrichtigkeit der Antwort des Herrn Nowicki.

Im übrigen nehme ich von dem, was ich in der ersten Antwort über den Posener Verband geschrieben habe, nicht ein Wort zurück.

Die persönlichen unklugen Angriffe des Herrn Nowicki lasse ich unbeachtet und betrachte die Diskussion in dieser Angelegenheit für erledigt.

W. Sosinski.

Aus Nr. 177 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 5. August 1905:

Die Bergnovelle wird Gesetz.

Der Reichsanzeiger hat es gestern im amtlichen Teil veröffentlicht. Da nach dem neuen Berggesetz in die Arbeiterausschüsse der einzelnen Bergwerke nur solche Personen gewählt werden können, welche ohne Unterbrechung wenigstens 3 Jahre in der Grube gearbeitet haben, wird in diese Ausschüsse kein Bergmann gelangen, der im laufenden Jahre gestreikt hat. So werden die Ausschüsse also nur aus Streifbrechern und Speichelleckern sich zusammensetzen.

Daraus geht klar hervor, daß die Allgemeinheit der Bergleute mit diesem Gesetz nicht zufrieden sein kann. So haben die Zentrumsleute im Landtage über die Besserung (!) der Lage der Bergleute beraten! Heuchler und Verräter!

Aus Nr. 180 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 9. August 1905:

Ein kleines Kind im Gefängnis.

Ein wahrhaft preußisches Herz zeigte der Vertreter der preußischen Staatsanwaltschaft in Bochum bei nachstehendem Vorfall. Das Bochumer Gericht hatte die Frau eines gewissen Bergmanns aus Recklinghausen für irgend ein Verschulden zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Der Ehegatte der Verurteilten stellte an die Staatsanwaltschaft einen Antrag mit dem Ersuchen, seiner Frau zu gestatten, die Strafe später zu verbüßen, weil sie gegenwärtig ein 2 Monate altes Kind stille. Auf diesen Antrag sandte der Staatsanwalt nachstehende Antwort:

„Die durch Sie angeführten Umstände begründen nicht hinlänglich die Notwendigkeit des Aufschubes der Vollstreckung des gegen Ihre Frau gefällten Urteils. Ihre Frau kann den Säugling auf einen Tag ruhig mit sich ins Gefängnis nehmen.“ (Rückübersetzung).

Ist das nicht eine Antwort, über die jeder Abscheu empfinden muß, der auch nur ein Quentchen menschlichen Gefühls und Nächstenliebe besitzt? Ein zwei Monate altes bedauernswertes Geschöpf ladet der Staatsanwalt ins Gefängnis ein! Der ungebildete Chineser würde nicht ein solches Verlangen stellen.

Wie sprechend charakterisiert die obige Entscheidung den Preußen von reinstem Schrot und Korn. So läßt sich der Staatsanwalt eines Kulturstaates des 20. Jahrhunderts vernehmen.

Aus Nr. 177 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 5. August 1905:

Herr Lensing auf dem Fang!

Wie wir von glaubwürdiger Seite her erfahren, hat Herr Lensing zehn und einige Agenten in der Stadt und Umgegend umhergesandt, um Abonnenten zu fangen. Darum würden wir uns nicht scheeren, wenn die Sendlinge des Herrn Lensing nicht die Häuser polnischer Familien aufsuchten, um sie ganze Stunden lang zur Aufgabe der polnischen Zeitung und zum Abonnement der Tremonia zu bereben. Wo die Beredsamkeit des Agenten nichts auszurichten vermag, da drohen die Agenten mit den Geistlichen, indem sie deren nahe bevorstehenden Besuch ankündigen. Diese Drohung hat in einigen Fällen geholfen. So mancher Landsmann ging auf den Leim, und, um bei dem Geistlichen nicht anzustoßen, wenn dieser die Kolende in den Häusern abhalten wird, hat er auf die Tremonia abonniert in der Meinung, er werde dadurch ein besserer Katholik werden. **Zu solchen Mitteln greift die Tremonia, um ihre Lücke zu füllen und das Germanisierungswerk mit umjoberem Erfolge zu betreiben.** Aus selbstsüchtigen Beweggründen, des Geschäfts halber würdigt sie den geistlichen Stand herab, indem sie die Geistlichen zu der Rolle von Agenten ihres Unternehmens hinabstößt. **Zu einer so niederträchtigen Kellame hat sich noch niemand aufgeschwungen.** Wir bedauern nur, daß sich unter den Landsleuten so Leichtgläubige finden, die solchen Abernheiten Glauben schenken, und solche Habgierige, die wegen der für einen event. Unfall versprochenen 300 Mark die nationale Ehre verkaufen und die polnische Sache des erbärmlichen Geldes wegen verraten, **sich damit freiwillig einem Feinde des Polentums in die Hände liefernd.**

Wer so verständig ist, eine Privatfache von den Angelegenheiten der Kirche zu unterscheiden, der ist andererseits so habgierig, daß es ihn nach jenen so hochtönend von der Tremonia angebotenen 300 Mark gelüstet. Manche Polen begreifen nicht, daß jene **Unterstützung der ordinärste und erbärmlichste Geschäftstrick** ist, von dem das Sprichwort sagt: „Mit Speck lockt man Mäuse.“ Tretet also aus den polnischen Vereinen aus! Leistet Verzicht auf den Namen Polen! Tretet den Ostmarkenvereinen bei! Reicht den Polenpressern die Hand! Bekämpft gemeinsam mit ihnen die Polen und verfolgt das Polentum! Erzieht die Kinder zu Hafatisten, die Euch später dafür verfluchen werden! Abonniert deutsche Zeitungen! Arbeitet an der Ausrottung der polnischen Sprache! Verachtet Euer Vaterland! Tretet das mit Füßen, was Eure Väter Euch als teuersten Schatz hinterlassen haben! — Und für alles das werdet Ihr nach dem Tode — und zwar nach dem durch einen Unglücksfall herbeigeführten Tode — von Herrn Lensing 300 Mark erhalten.

Ist denn das für einen Polen nicht Schimpf und Schande?!

Aus Nr. 178 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 6. August 1905:

Aus der Lausitz.

Am Sonntag, den 23. Juli, fand im Rauno zwecks Gründung eines polnischen Vereins eine Versammlung statt.

Geleitet wurde die Versammlung von dem Herrn Raczmarek aus Senftenberg-Haunland. Herr Regulski aus Thaamen erläuterte den Zweck des Vereins im allgemeinen und den Zweck der Vereine in der Fremde im besonderen. Die Anwesenden erklärten sich mit der Gründung des Vereins einverstanden; die Satzungen wurden mit geringen Änderungen angenommen. Es wurde somit der polnisch-katholische Verein unter dem Schutze des heiligen Adalbert gegründet. Als Mitglieder ließen sich 21 Landsleute aufnehmen. In den Vorstand wurden gewählt: Anton Lisiecki I, Vorsitzender; Tomas Vigos, Stellv.; Johann Biernat, Schriftführer; Johann Kurzawa, Stellv.; Valentin Jurazek, Kassierer; Stanislaus Kurzawa, Stellv.; Anton Lisiecki II, Bibliothekar; Johann Strugrek, Stellv.; Anton Center und Andreas Smolny, Beisitzer.

Möge sich der St. Adalbertverein recht gedeihlich entwickeln.
Ein Anwesender.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 60 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 2. August 1905:

Beuthen.

Verflorenen Sonntag wurde hier unser für öffentliche und Verbandsversammlungen bestimmtes Lokal eröffnet. Es versammelten sich soviel Menschen, daß nicht nur der Saal und die Nebensäle gefüllt waren, sondern die Volksmassen sich über den ganzen Garten und über die Straßen derart ergossen, daß man kaum durchkommen konnte.

„Ich werde Ihnen die Versammlung“ — sagte der erschienene Beamte zum Genossen Bruhns — „noch vor Beginn der Verhandlungen auflösen.“

„Weshalb werden Sie sie denn auflösen?“ fragte Genosse Bruhns.

„Weil ich einen solchen Befehl von meiner vorgesetzten Behörde habe.“

Trotz dieser Drohung eröffnete Genosse Bruhns die Versammlung und begann die Vorteile aufzuzählen, welche die Arbeiterklasse aus der Erlangung eines Versammlungslokals in Beuthen ziehen werde.

Genosse Bruhns spricht und sieht den Beamten an, ob er auch seine Drohung ausführen werde, da beginnt der Beamte zu schreien, daß er die Versammlung auflöse.

„Mit welchem Recht tun Sie dies?“ — fragte Genosse Bruhns.

„Ich habe hierzu den Befehl von meiner vorgesetzten Behörde“ — antwortete der Beamte.

Unter den Versammelten konnte man eine ungeheure Entrüstung bemerken, unser Genosse versicherte ihnen aber, daß dies ein zweites Mal nicht mehr geschehen werde, denn die folgenden Versammlungen würden ohne Störungen verlaufen, und er bat die Anwesenden, ruhig auseinanderzugehen.

Einen solchen Verlauf hatte die erste Versammlung in dem neuen Verbandslokale zu Beuthen. Die eigentliche Veranlassung zur Auflösung der Versammlung war die nicht förmliche Übernahme des Lokals durch die Baupolizei. Diese Formsache muß jetzt möglichst bald vollzogen werden, widrigenfalls die Pächter des Lokals für jede Verzögerung von der Polizei eine Entschädigung der Kosten verlangen könnten.

Jedenfalls ist das Versammlungslokal in Beuthen gesichert, und unsere sozialdemokratische Sache in Oberschlesien wird in einem desto größeren Flußbett fließen trotz der Bestrebungen der katholischen Althafatisten und Korfantyaner.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 177 des Czas (Krakau)

vom 5. August 1905:

Gespräch mit Dr. Max Nordau.

Basel, den 1. August.

Während des Zionistenkongresses hatte ich Gelegenheit, mit dem Präsidenten des Kongresses Dr. Max Nordau ein Gespräch anzuknüpfen. Da ich die Anschauungen des Zionistenführers über die jüdische Frage und deren Lösung aus seinen Veröffentlichungen kannte, beschränkte ich mich darauf, einige Fragen zu stellen, welche die jüdische Frage in Polen betrafen.

Aus eigener Erfahrung — erwiderte Dr. Nordau — kann ich über die jüdische Frage in den polnischen Ländern nicht sprechen. Ich war nur einmal als 24-jähriger Jüngling in Polen und lernte die Verhältnisse nur oberflächlich kennen, so das es mir schwer fällt, ein persönliches Urteil über sie abzugeben. Jedoch interessierte ich mich stets für die Lage der Juden in Polen. Die Geschichte lehrt, daß die polnischen Juden an den polnischen Freiheitsbewegungen einen bedeutend größeren Anteil genommen haben, als ihnen im Verhältnis zu ihrer Zahl zukam. (?) Man vergalt es ihnen aber schlecht. (?) Fast nach jeder solchen Periode gemeinsamen Blutvergießens brach in den polnischen Ländern der Antisemitismus mit verdoppelter Kraft (?) hervor. Nichtsdestoweniger aber ist es Tatsache, daß noch jetzt ein Teil der polnischen Juden von polnischem Patriotismus durchdrungen ist. Die jüdische Nation hat an der Lösung der polnischen Frage ein sozusagen ästhetisches (?) Interesse. Wir wünschen, daß die Nationen unter einander in Eintracht leben und nach Möglichkeit verderbliche Zusammenstöße und Konflikte vermeiden möchten. Dieser oder jener Jude mag vielleicht keinen besonderen Grund haben, die Unabhängigkeit der drei Landesteile zu wünschen, jedoch sehe ich im allgemeinen nicht ein, weshalb die Juden Gegner der Unabhängigkeit Polens sein sollten. Jetzt aber müssen sie sich einer aktiven Einnischung in diese Frage enthalten.

— Welches ist also das Verhältnis der Zionisten zur polnischen Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt?

— Die zionistischen Juden verlangen für ihre Zwecke keinen Quadrat-Zentimeter polnischer Erde; sie haben auch keineswegs die Absicht, den nationalen Bestrebungen der Polen hinderlich zu sein. Unter der jüdischen Volksgesamtheit in Polen giebt es keine einzige Partei, welche die Ansiedelung von Juden in Polen beabsichtigte. (?) Die Zionisten wollen Ansiedelungen schaffen, aber im jüdischen Lande. Ihr Wunsch ist es, sich die europäische Kultur bester Qualität anzueignen, um im gegebenen Zeitpunkt das gastfreundschaftliche Land ruhig und mit dem Gefühl der Dankbarkeit zu verlassen. Jahrhundertelange Erfahrung lehrt, daß das unmögliche Verhältnis assimilierten Juden zu den Arieren auf einmal zu einem korrekten, ja sogar guten wird in dem Augenblicke, wo sich beide, der Jude und Nichtjude, mit erhobenem Bistier einandergegenüberstellen.

— Besteht aber nicht die Beforgnis, der jüdische Separatismus werde schlimme Folgen zeitigen für den Fall, daß die Hoffnungen der Zionisten nicht in Erfüllung gehen?

— Darüber möchte ich am liebsten schweigen. Der Zionismus ist unsere letzte Hoffnung. Wenn er sein Ziel nicht erreichen sollte, dann wird unsere Lage kritischer sein, als jemals in unserer Geschichte. Dann bleibt die Assimilierung als schwierigster, aber auch

als geeignetster Weg übrig. Dann könnten sich die Juden als menschliche Individuen, nicht aber als Nation entwickeln und vervollkommen.

Im weiteren Verlauf ging das Gespräch auf die Verhältnisse im Königreich über. Dr. Nordau erzählte mit Begeisterung von der „Selbstverteidigung“ der Juden in Rußland als von einer Rundgebog des noch unlängst in Schlaf versunkenen „Selbstgeföhls menschlicher Würde“. In der Schulfrage erklärte sich Dr. Nordau entschieden gegen den Jargon. Bei dieser Gelegenheit fragte ich wegen der Sprache in dem zukünftigen Judenstaate.

— Die Sprachenfrage — entgegnete Dr. Nordau — ist die verwickeltste. Meines Erachtens ist die Sprache einer Nation mit der Nation selbst organisch verbunden. In dieser Hinsicht kann nichts beschlossen, noch etwas genommen werden. Die Versuche, die Muttersprache zu unterdrücken, wie die polnische in den polnischen Ländern, haben zu keinem Ergebnis geführt. Der größte Teil der jüdischen Nation besitzt eigentlich keine Sprache, wenn man aber von einer Sprache sprechen kann, so ist es der deutsch-jüdisch-polnische Jargon. Dreifach ist die Möglichkeit der jüdischen Zukunftssprache: sie wird entweder deutsch, französisch oder hebräisch sein. Für jede dieser Sprachen gibt es Beweisgründe. In der Zukunft, d. h. in einem eigenen Staate, werden wir die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß wir uns einer guten, angesehenen Sprache bedienen, denn der Jargon weist in der Tat zu viel Mängel auf im Vergleich zu den westeuropäischen Sprachen. Bei dieser Konkurrenz der drei Sprachen hat die deutsche Sprache Aussichten, den Sieg davonzutragen, denn der Jargon brauchte sich in diesem Falle nur der nichtdeutschen Fremdwörter zu entledigen. Die französische Sprache hat das für sich, daß sie sich in der Welt eines gewissen Prestige erfreut, daß schon viel Juden diese Sprache beherrschen, (?) daß schließlich im Osten überhaupt, insbesondere aber unter den orientalischen Juden die französische Sprache als eine höhere gilt. Die hebräische Sprache halte ich für reich und entwicklungsfähig. Ihre Zukunft ist also nicht ausgeschlossen. Eine Rückkehr zur hebräischen Sprache erachte ich insofern als eine Reaktion, als sich zwischen der hebräischen und den west-europäischen Sprachen eine Grenzmauer erhebt, nämlich die charakteristische Schrift.

Es liegt kein Grund vor zu wünschen, daß die Juden, den ganzen westeuropäischen Fortschritt im Stich lassend, nach Asien zurückkehren und sich den östlichen Nationen assimilieren. Wir haben inmitten der europäischen Kultur gearbeitet, und wir lassen uns aus ihr nicht ausschließen. In diesem Punkte kann die hebräische Sprache lockernd wirken. Der hebräischen Sprache könnte nur nationaler Enthusiasmus der Juden zum Siege verhelfen.

Damit erreichte die längere Unterhaltung mit dem Führer des modernen Zionismus ihr Ende.

Dr. W.

Aus Nr. 177 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 5. August 1905:

Böse Anzeichen.

Jedesmal, wenn die Herrscher Preußens und Rußlands herzliche Umarmungen ausgetauscht und die alte „Freundschaft“ ihrer Dynastien erneuert haben, hat es auf die polnische Nation neue Schläge geregnet. Das ist stets mit solcher Genauigkeit eingetroffen, daß unsere Volksgesamtheit schon daran gewöhnt worden ist, jedes „herzliche“ Zusammentreffen der Herrscher

dieser beiden Staaten als ein böses Anzeichen für sich anzusehen. Auch ihre letzte Zusammenkunft in Borgo scheint von dieser für uns traurigen Tragödie nicht abzuweichen. Wovon dort gesprochen worden ist, das wird noch streng geheim gehalten. Ob Wilhelm II. wie dies der bekannte deutsche Publizist Pfarrer Raumann in seinem in der Wochenschrift *Hilfe* veröffentlichten ideellen Gespräch beider Herrscher in der Tat dem Zaren in Erinnerung gebracht hat, daß die Teilung Polens Preußen und Rußland für ewige Zeiten verbinde, oder ob er ihm eine eventuelle Besetzung Warschaws für Rußland versprochen hat, das ist schwer festzustellen. Bemerkt zu werden verdient es jedenfalls, daß die deutsche Presse davon überzeugt gewesen ist, in Borgo sei auch von der polnischen Sache gesprochen worden. Raumann war die Zusammenkunft gewesen und Wilhelm II. in sein Reich zurückgekehrt, da begann die preußische Regierung eine neue Angriffsaktion gegen die Polen.

Gestern haben wir bereits berichtet, der preußische Minister des Innern habe untersagt, polnische Arbeiter aus Galizien und dem Königreich Polen in der deutschen Industrie zu beschäftigen. Diese Mitteilung bestätigte voll und ganz die Nordd. Allg. Zeitung, das Organ des deutschen Kanzlers, und gleichzeitig kündigte die hofatistische *Deutsche Zeit* eine baldige und bedeutende Vermehrung des Fonds der preußischen Ansiedelungskommission an. Das traditionelle anti-polnische Echo solcher Zusammenkünfte hat sich also wieder vernehmen lassen. Die beiden auf uns zielenden bzw. angekündigten Schläge können für uns in ihren Folgen empfindlich, zum mindestens aber unangenehm sein. In der deutschen Industrie, besonders in Oberschlesien und in Westfalen, waren bisher viele polnische Arbeiter aus Galizien beschäftigt. Sie fanden dort einen Verdienst, den ihnen unser industriearmes Land nicht zu bieten vermag. Das war von seiten der Preußen keine Gnadenbezeugung, sie haben nämlich aus der Arbeit unserer Arbeiter bedeutenden Gewinn gezogen, dazu beruhte diese Sache auf Gegenseitigkeit. Denn wie viele Tausende preußischer und deutscher Untertanen nehmen einträgliche Stellungen in Österreich und Rußland ein! Heute wurden diese armen polnischen Arbeiter dieser Gelegenheit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, beraubt. Wäre Österreich-Ungarn ein Staat von größerer politischer Selbständigkeit, besäße die österreichische Regierung mehr zivilen Mut gegenüber Deutschland und wäre sie tatsächlich um das Wohl auch ihrer polnischen Untertanen besorgt, dann könnte Graf Goluchowski die deutsche Regierung mit Leichtigkeit zwingen, diese Verfügung zurückzuziehen.

Sie brauchte nur dafür zu sorgen, daß ein gleiches Verbot hinsichtlich der in den österreichischen Landen beschäftigten Reichsdeutschen erlassen würde. Dazu wird sie sich aber wahrscheinlich nicht aufschwingen, und auch unsere Volksvertretung in Wien wird, wenn gleich die Pflicht gegenüber dem Lande ihr direkt gebietet, in dieser Sache energische Schritte zu tun, wahrscheinlich nicht viel herauschlagen. Auf diesem Felde haben wir bereits zahlreiche und unangenehme Erfahrungen gemacht.

Schließlich wird unsere Volksgesamtheit einen neuen Verlust erleiden, der fürs Erste schwer wird wettgemacht werden können. Abgesehen davon ist dies preußische Verbot für uns ein neues schlagendes Argument in dem Kampfe gegen die deutschen Industriellen in Österreich. Wenn nämlich die österreichisch-ungarische Regierung sich so vieler Tausender galizischer Arbeiter in Preußen nicht wird annehmen wollen, dann wird ihr umsomehr die Pflicht zufallen, dafür zu sorgen, daß diese Arbeiter in der Heimat Beschäftigung finden, und damit die Pflicht, die galizische Industrie rücksichtslos zu unterstützen.

In politischer Hinsicht zeugt das Verbot des preußischen Ministers davon, wie wenig die deutsche Regierung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie rechnet, ungeachtet dessen, daß diese Monarchie ein getreuer Bundesgenosse Deutschlands ist und sich letzterem auf dem Gebiete der hohen Politik so gern dienstbar erweist. Aus der Tatsache aber, daß das erwähnte Verbot auch die polnischen Arbeiter aus dem russischen Landesteil betrifft, ist doch wohl zu schließen, daß die deutsche Regierung nach der Zusammenkunft in Borgo die Gewißheit hat, sie brauche auch seitens Rußlands keine Wiedervergeltung zu fürchten. Mitthin beginnt die Kosten dieser Zusammenkunft bereits die polnische Nation zu bezahlen.

Auf russischer Seite hat sich ihr unheilbrohendes Echo noch nicht in so krasser Form vernehmen lassen. Wer kann jedoch verbürgen, daß dies nicht noch geschehen werde? Seit längerer Zeit war es offenbar, daß die preußische Regierung mit den neuen antipolnischen Schlägen gezögert hat, da sie nicht sicher war, ob die „neuen Strömungen“ in Petersburg den Polen gegenüber eine gerechtere Richtung einschlagen würden. Sollte man jetzt der deutschen Regierung in der Tat die Zusicherung gegeben haben, daß ihr von dieser Seite her keine Gefahr drohe? Seien wir also auf der Hut, hoffen wir nicht allzuviel, doch weichen wir auch gleichzeitig nicht aus der Bresche!

1. The first part of the paper discusses the importance of the study of the history of the United States. It is argued that the study of history is essential for a full understanding of the present and for the development of a sense of national identity. The author points out that the United States is a young nation, and its history is still being written. It is therefore important to study the history of the United States in order to understand the country and its people.

2. The second part of the paper discusses the role of the government in the development of the United States. It is argued that the government has played a major role in the development of the country, and that it is responsible for the success of the United States. The author points out that the government has been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.

3. The third part of the paper discusses the role of the people in the development of the United States. It is argued that the people have played a major role in the development of the country, and that they are responsible for the success of the United States. The author points out that the people have been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.

4. The fourth part of the paper discusses the role of the economy in the development of the United States. It is argued that the economy has played a major role in the development of the country, and that it is responsible for the success of the United States. The author points out that the economy has been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.

5. The fifth part of the paper discusses the role of the culture in the development of the United States. It is argued that the culture has played a major role in the development of the country, and that it is responsible for the success of the United States. The author points out that the culture has been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.

6. The sixth part of the paper discusses the role of the military in the development of the United States. It is argued that the military has played a major role in the development of the country, and that it is responsible for the success of the United States. The author points out that the military has been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.

7. The seventh part of the paper discusses the role of the education system in the development of the United States. It is argued that the education system has played a major role in the development of the country, and that it is responsible for the success of the United States. The author points out that the education system has been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.

8. The eighth part of the paper discusses the role of the social system in the development of the United States. It is argued that the social system has played a major role in the development of the country, and that it is responsible for the success of the United States. The author points out that the social system has been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.

9. The ninth part of the paper discusses the role of the environment in the development of the United States. It is argued that the environment has played a major role in the development of the country, and that it is responsible for the success of the United States. The author points out that the environment has been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.

10. The tenth part of the paper discusses the role of the foreign policy in the development of the United States. It is argued that the foreign policy has played a major role in the development of the country, and that it is responsible for the success of the United States. The author points out that the foreign policy has been responsible for the establishment of the Constitution, the development of the federal system, and the creation of the various departments and agencies of the government.